Dr. Matthes Haug

Das Deutsche Reich

1871 bis heute



Das Deutsche Reich heute

Rechtliche und historische Grundlagen

Erfahrungsberichte im Umgang mit Behörden

Chancen und Möglichkeiten für unsere Zukunft

Dr. Matthes Haug

>Das Deutsche Reich<
1871 bis heute

Rechtliche und historische Grundlagen

Erfahrungsberichte im Umgang mit Behörden

Chancen und Möglichkeiten für unsere Zukunft

Erschienen im Eigenverlag Dr. Matthes Haug

www. institut-dr-haug. de
kontakt@institut-dr-haug.de

ISBN 978-3-00-067342-9

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Es ist jetzt die Zeit gekommen, dieses Schrift über das Deutsche Reich, insbesondere was meine Erfahrungen, Arbeiten und auch die unzähligen Auseinandersetzungen mit bundesrepublikanischen Behörden in Deutschland betrifft, zu schreiben. Es ist ebenfalls als eine kurze Zusammenfassung wesentlicher rechtlicher Grundlagen und Zusammenhänge gedacht (Kapitel 1). Weiterhin wird die Geschichte Deutschlands kurz in einer Zeittafel mit wichtigen Ereignissen wiedergegeben (Kapitel 2.1). Die durch den Versailler Vertrag entstandene Situation ist hierbei natürlich sehr einschneidend und ist explizit in Kapitel 2.2 dargestellt.

Es ist als eine Art Vorgeschmack gedacht auf ein darauf folgendes umfassendes Werk, in dem dann meine Arbeiten und Recherchen seit 1999 detailliert dargestellt sein werden.

Es war mir weiterhin daran gelegen, persönliche Erfahrungen und Schilderungen, insbesondere im Hinblick auf viele Auseinandersetzungen mit bundesrepublikanischen Behörden, wiederzugeben.

Wenn man die Machtstrukturen auf dieser Erde betrachtet, so endet man in einem Geflecht an privatwirtschaftlich geleiteten Firmen oder sonstigen Gebilden in der Hand von letztendlich wahrscheinlich nur einer einzigen fünfköpfigen Familie und einer weiteren familienähnlichen Organisation:

Den Eiders und den Shriners (deutsch Schrein, Anm.d.V). Diese besitzen nicht nur unendlich Geld, sie sind das Geld auf dieser Erde!

Ich sehe trotz dieser Machtstrukturen einen Ausweg aus diesen Fängen. In der Wiederentstehung des Deutschen Reichs ist ein Schlüssel zu sehen. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu sind ohne wenn und aber gegeben (Kap. 1). Wenn man behutsam und klug damit umgeht, kann eine Änderung zu einer neuen Welt vollzogen werden. Dies war immer wesentlicher An-

laß, mich voll und ganz für die Wiederauferstehung des Deutschen Reichs einzusetzen.

An die enormen Möglichkeiten und Chancen, auch weltumspannend betrachtet, die sich hieraus entwikkeln können, glaube ich aus voller Überzeugung.

Ich möchte hier nun also zu meinem bisherigen Wirken kommen, das ich als eine Art Feldarbeitertätigkeit am Deutschen Reich betrachte. Löcher graben und Keime und Samen säen, in der Hoffnung, daß gute Früchte entstehen.

Zwischen 2001 und 2007 wurde ich übersät mit einem Bombardement von insgesamt 52 Anklagen und Prozessen an Amts-, Landes- und Finanzgerichten, da ich nichts anderes als das sogenannte Verfassungsgericht in Karlsruhe behauptete, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiter besteht und demnach auch ausschließlich die Gesetze des Deutschen Reichs in Deutschland Geltung besitzen. Der Beamtenapparat wollte dies einfach nicht wahrhaben, obwohl man hätte dies in einem zehnminütigen Gespräch einfach klären können. Die Denkblockaden schienen unendlich zu sein.

Es sei an dieser Stelle vorweggenommen, daß ich all diese letztendlich am Oberlandes- (OLG) und Finanzgericht (FG) Stuttgart zu meinen Gunsten entscheiden konnte.

Wenn man bedenkt, daß keine Verordnung, kein Gesetz und keine Verträge der BRiD (Bundesrepublik in Deutschland) Rechtskraft besitzen, so wie es der derzeitige Innenminister Seehofer fast wörtlich wiedergegeben hat [3], so ist das Ausmaß der Konsequenzen enorm. Es wird verständlich, daß sich der Apparat natürlich massiv gegen diese Tatsache wehrt.

Häufig fragte ich mich, wenn ich in den Spiegel schaute, warum und für wen ich all diese Mühen und sehr oft nervenzehrende Torturen der nicht enden wollenden Verhandlungen auf mich nahm.

Ich habe nur eine Antwort: *„Ich konnte nicht anders"*.

Es war und ist eine Energie vorhanden, die mich immer wieder antrieb und heute noch antreibt.

Dies verdankte ich natürlich auch meinen vielen Mitarbeitern, die mich sowohl fachlich als auch moralisch unterstützten.

Mit diesen Mitarbeitern zusammen wurde dann am 30.11.2003 eine erste Nationalversammlung des Deutschen Reichs durchgeführt, um eine möglichst selbstbestimmte Plattform, aus der heraus agiert werden konnte, zu schaffen. Es mußte ein Anfang geschaffen werden. Wir versuchten nach unseren Möglichkeiten, so viel wie möglich damals bereits aufgewachte Menschen im ganzen Land zu erreichen. Bei einer darauffolgenden Nationalversammlung im Oktober 2004 konnten dann aus jedem Reichsland ca. 20 Menschen, also insgesamt über 500, welche aus allen Ecken mit hierfür organisierten Bussen und auch Privatfahrzeugen anreisten, begeistert werden, um sich für die Wiederauferstehung des Deutschen Reichs einzusetzen.

Militärpolizei der USA und BRiD Polizisten waren ebenfalls anwesend.

Es wurden mir auch Kuckuckseier in Form von scheinbar interessierten Mitarbeitern, welche einen anderen Auftrag als die Umsetzung des Deutschen Reichs hatten, in's Nest gelegt. Man darf hier nicht naiv sein und muß achtsam bleiben und diese Spiele geschickt mitspielen. Man muß diesen das Gefühl geben, daß sie ihren Auftrag erfüllen. Ich möchte keine Namen nennen. Die meist logierten „Agenten" wissen an dieser Stelle genau, wer gemeint ist.

Auch unzählige Denunziationen in den Medien mußte ich über mich ergehen lassen. Dagegen immer vorzugehen, kostet viel Kraft. Ich hatte mich eigentlich niemals ernsthaft darauf eingelassen und mich hierüber geärgert. Es gab wesentlicheres.

Ein einziges mal wurde in positiver Art und Weise sogar im DPA Teil der Südwest Presse berichtet. Der

Artikel zeigte ein großes Photo von Hindenburg und ein ebenso großes von mir gleich darunter.

Unten links war ein kleines unscheinbares Bild von Lothar Späth, dem ehemaligen Ministerpräsident von Baden - Württemberg, zu sehen.

Der Artikel war informativ und objektiv verfaßt. Keine Polemik à la rechtsradikal und den üblichen Verunglimpfungen.

Diese Berichterstattung ging einher mit einem zeitlich gesehenen Wendepunkt insbesondere hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit der Administration der BRiD.

Es war mir immer daran gelegen, nüchtern und sachlich Argumente vorzutragen und Rechtsquellen sauber zu recherchieren und in meine Argumentationsketten einzubinden.

Vor Abschluß sämtlicher Prozesse am OLG und FG gab es 3 Hausdurchsuchungen in meiner Wohnung, ausgeführt durch eifrige und systemgläubige Polizisten, Hauptkommissaren und Landratsamtsbeamten/-innen.

Alles im Zusammenhang mit dem Deutschen Reich stehende wurde konfisziert. Bei den Behörden in Tübingen war ich stadtbekannt und alle warteten eigentlich nur darauf, daß ich für eine lange Zeit weggesperrt werde.

Aber die Enttäuschung und Ernüchterung muß dort wohl sehr groß gewesen sein, als ich dann alle Vorwürfe und Anklagepunkte zu meinen Gunsten entscheiden konnte.

Sämtliche Unterlagen der Beschlagnahme mußten zurückgegeben werden, selbst mein durch Paraguay akkreditierter Diplomatenausweis.

Der Tübinger Oberstaatsanwalt Holl teilte mir dies schriftlich mit Aktenzeichen versehen mit, daß ich bitte alles abholen möchte, da das OLG Stuttgart am Ausstellen von Reichsausweisen, Diplomatenausweisen etc. nichts Rechtswidriges finden könnte (Anhang).

Ich wiederum machte Holl darauf aufmerksam, daß mit diesem Vorgang nun selbst aus BRiD - Sicht alles akkreditiert und anerkannt sei. Es wurde mir sogar eine finanzielle Entschädigung zugestanden.

Die Ausstellung von Reichs Identitätsausweisen war mir sehr wichtig, da diese Dokumente eine Energie darstellen und diese sich dann netzartig verbreiten kann.

Bei der Deutschen Post AG hatte ich ein Postfach für das Deutsche Reich eingerichtet. Es gingen viele Anträge auf Ausstellung eines Identitätsausweises ein. Selbst aus dem deutschsprachigen Ausland landeten beispielsweise aus Österreich an „Deutsches Reich, Tübingen, Deutschland" adressierte Schreiben auch ohne Nennung von Postleitzahl in diesem Postfach.

Das Fach mußte täglich geleert werden. Einmal verlor ich versehentlich einen Brief auf der Straße in Tübingen. Ein aufmerksamer Mitbürger brachte diesen sofort zur Polizei mit der Bemerkung, wie ich durch einen Polizisten erfuhr, daß es sich wohl um rechtsradikales Gut handelt und doch ein Verfahren eingeleitet werden müsse. Viele Menschen sind eben auf Begriffe wie das Deutsche Reich derart konditioniert, daß man diesen mit politischer Ausrichtung assoziiert.

Die Polizei rief mich gleich an und sagte, es handele sich wohl um ein Schreiben, das ich verloren hätte. Man bot mir an, dieses sofort und ungeöffnet bei mir persönlich vorbeizubringen. Ich könne es natürlich auch abholen.

Aber um so weit gekommen zu sein, war sehr viel sachdienliche Arbeit und Aufklärung notwendig.

Ich denke, ich konnte einiges bewegen und anderen Menschen bei Auseinandersetzungen mit Behörden helfen bzw. aktenkundige Steilvorlagen geben.

Da nun in dieser Zeit, in der ich dieses Schrift verfasse, das Deutsche Reich u.a. bedingt durch die zahlreichen Demonstrationen, wieder Aufwind erfährt, werde ich wieder aktiver. Die Pflänzchen, die mühsam

gesät wurden, beginnen nun immer mehr und mehr Früchte zu tragen. Welche Organisationen nun im Detail hinter den Demonstrationen, die derzeit stattfinden, stehen, sei an dieser Stelle nicht von Belang. Auch ist sehr stark zu vermuten, daß es sich um Testläufe für 5G Netze, wie in China (Wuhan) geschehen, handelt. Die Menschenmenge wurde am 29.8.2020 genau auf diejenige Allee in Berlin „getrieben", auf der sämtliche Testspots für u.a. autonomes Fahren installiert sind. Symptome der Auswirkung dieser Strahlung ähneln doch sehr stark denen, welche für eine Infizierung mit COVID19 vorgegeben werden.

Aber wie sagte schon Goethe:

„[Ich bin] ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft".

D.h. auch wenn bzw. falls BRiD gesteuerte Bewegungen dahinter stehen und es sich außerdem um Testläufe handelt, so führt es doch letztendlich zur Aufklärung und den Menschen wird langsam immer bewußter, daß ein Befreiungsprozeß Deutschlands nur über einen Friedensvertrag mit allen „Feindnationen" umgesetzt werden kann. Dies setzt voraus, daß das Deutsche Reich - auch wenn vielleicht nur schrittweise möglich - von 1871 wieder kraftvoll umgesetzt wird, da nach meinem Verständnis der Zusammenhänge nur mit diesem der Vertrag geschlossen werden kann.

Im September 2004 erhielt ich eine Einladung durch die gesetzgebende Regierungsvertretung St. Petersburgs anlässlich der Feierlichkeiten des 250. Geburtstages des Zaren Pavel I. nach Rußland, welcher ich natürlich nachkam. Es erwartete mich ein einwöchiges Komplettprogramm inklusive militärischer Ehren. Dies kurz vor Stattfinden der 2. Nationalversammlung des Deutschen Reichs. Ein kurzer Bericht ist in Kapi-

tel 3 wiedergegeben. Selbst im russischen Fernsehen wurde hierüber berichtet und ich bekam die Gelegenheit, wesentliche Anliegen vorzutragen. Sehr wichtig war für mich natürlich meine Bitte um Hilfestellung bzw. Kooperation Rußlands beim Befreiungsprozeß Deutschlands. Dieser kann ohne äußere Hilfe nicht gelingen.

In Kapitel 4 werden einige Anekdoten aus meiner Erfahrung als mein eigener Anwalt im Umgang mit Behörden geschildert. Außerdem sind dort sehr wichtige Recherchen, die ich durchführte, wiedergegeben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Erkenntnisgewinn beim Lesen der folgenden geschilderten Erfahrungen und Informationen. Es mögen dadurch weitere Denkanstöße gegeben werden können, damit das Deutsche Reich und die damit verbundenen Chancen in geistiger und praktischer Hinsicht mehr und mehr an Kraft gewinnen!

Ihr Dr. Matthes Haug

Einleitung

Auf dem Wiener Kongreß von 1814, welcher derzeit fortgesetzt wird, um die Frage Deutschlands zu klären, konnte völkerrechtlich eine ganz wesentliche Errungenschaft, welche in der Haager Landkriegsordnung (HLKO) 1914 Einzug fand, erzielt werden:

Danach darf nach einer kriegerischen Auseinandersetzung der sogenannte Sieger das besiegte Land weder in Teilen noch als Ganzes annektieren.

Das heißt die Grenzen sollen einen Tag nach dem Krieg denjenigen eines Tages vor dem Krieg entsprechen.

Dies wurde verbindlich anerkannt.

Die Praxis verhielt sich allerdings, wie nach Ende des ersten Weltkrieges deutlich wurde, anders (vgl. Kapitel 2.2).

Es ändert allerdings nichts an der völkerrechtlichen verbindlichen Einigung.

Das Völkerrecht besitzt für das Leben auf Erden eine ganz entscheidende Rolle. Es geht jedem nationalen Recht vor und würde, so man sich daran halten würde, die absolute Grundlage für ein friedvolles Leben garantieren.

Nach landläufiger Meinung auch der sogenannten deutschen Fachwelt, welche fast ausnahmslos durch das BRiD System bezahlt wird, soll die UNO diejenige Institution darstellen, welche Völkerrecht vertritt.

Dies ist falsch.

Die UNO wurde als Bollwerk vornehmlich gegen das Deutsche Reich gebildet. Wer die Initiatoren waren, werde ich ausführlich im umfassenden folgenden Buch darstellen. Noch heute ist Deutschland und beispielsweise Japan als Feindstaat in der Haager Landkriegsordnung aufgeführt. Die Feindstaatenklausel sei obsolet, so die bezahlten Spezialisten. Obsolet kommt

aus dem lateinischen obsoletus = veraltet. Dies bedeutet überhaupt nichts. Es mag also sein, daß man die Feindstaatenklausel als alt bzw. veraltet bezeichnet. Es ändert allerdings nichts daran, daß die Gültigkeit je nach Bedarf wieder hervorgeholt wird. Auch steht dies nirgends, daß die Klausel obsolet sei. Dies sollte doch in der Haager Landkriegsordnung zumindest vermerkt sein. Also nur gelogene Lippenbekenntnisse der opportunen Fachwelt. Man könnte mit einem Federstrich in Übereinstimmung mit den 193 Mitgliedsstaaten bzw. mit den 69 Gegnerstaaten (Anhang) diese Klausel einfach streichen. Dies setzt jedoch einen Abschluß eines Friedensvertrag voraus. Danach ist dann die UNO nicht nur obsolet sondern schlicht und einfach hinfällig. Sie wird aufgelöst und der Wiener Kongreß kann als Basis für Völkerrecht dienen. U.a. aus diesem Grunde könnte Putin die Fortsetzung des Wiener Kongresses derzeit forciert haben. Eine weitere völkerrechtliche Basis stellt der Weltpostvertrag dar. Es war beeindruckend, wie Trump den Schlüssel der Weltpost bzw. des Weltpostvereins an einen Vertreter von DHL, also eines Teiles der Deutschen Post, da DHL durch die Deutsche Post übernommen wurde, dieses Jahr überreichte.

Dieser Akt besaß eine starke Symbolbedeutung [1]. Der Vatikan war darüber bestimmt nicht erfreut. Symbolisiert dies doch einen enormen Machtverlust für den heiligen Stuhl, der die ganze Welt kontrollieren möchte.

Mit Vokabelakrobatik wie beispielsweise „obsololet sein" wird in vielerlei Hinsicht versucht, Tatsachen so darzustellen, daß bei näherer Betrachtung die Aussagen nicht einmal gelogen sind, vordergründig diese jedoch den gegenteiligen Anschein erwecken.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die Verwendung des Begriffs „Einigungsvertrag".

Der richtige Wortlaut müßte heißen „Einheitsvertrag". Da jedoch in Deutschland bislang niemals eine

Einheit hergestellt wurde, nannte man diesen Vertrag kurzerhand Einigungsvertrag. Man hat sich lediglich auf ein bestimmtes Vorgehen geeinigt. Ansonsten wäre es ja kein Problem gewesen den Vertrag als Einheitsvertrag zu bezeichnen. Dies war zwischen DDRiD (DDR in Deutschland) und BRiD jedoch nicht möglich, da diese Besatzerfragmente niemals das Gesamte vereinen konnten, sondern lediglich deren beiden Einzelteile.

An dieser Stelle sei ebenfalls auf den Wortlaut bzw. einen Auszug aus dem Schwur, welche die Kanzlerin bei Antritt leistete, hingewiesen:

„Ich schwöre..., seinen (des Deutschen Volkes) Nutzen zu mehren...“

Dies bedeutet nichts anderes, als daß der Nutzen und damit die Nutzkraft des Deutschen Volkes gemehrt bzw. ausgenutzt wird. Wenn es im Sinne des Deutschen Volkes geschehen würde, so sollte es heißen „...den Nutzen für das Deutsche Volk zu mehren..."

Angela Merkel oder IM Erika, wie aus STASI Akten bekannt ist, hat also nicht gelogen, da sie den Nutzesel Deutschland seit langem maximal für fremde Interessen arbeiten läßt bis zum Umfallen.

Eine Mehrzahl der Deutschen läßt sich allerdings durch derartige Vokabelspielereien täuschen und achtet nicht auf die wahre Bedeutung des gesagten bzw. geschriebenen.

Deutschland wurde nach dem zweiten Weltkrieg, den ich als zweite Phase des ersten Weltkrieges bezeichne, da durch den ersten Weltkrieg die zweite Phase bereits geplant und durch den Versailler Vertrag vorprogrammiert war, in vier Besatzerteile aufgeteilt. In die BRiD, die DDRiD, russisch verwaltete Ostgebiete und die bis heute unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete. Gebietsabtretungen, wie diese durch den Versailler Vertrag völkerrechtswidrig vor-

genommen wurden, müssen im noch zwingend zu unterzeichnenden Friedensvertrag gesondert in Betrachtung gezogen werden. Dieser Prozeß sollte nach meinem Dafürhalten aus freien Stücken geschehen.

Im Kaiserreich von 1871, das übrigens vom Kaiser Willhelm I. als Stiftung geführt und regiert wurde, waren die Reichsländer freiwillig unter Einbringung des Bodens, der Arbeitskraft, der Produktion und Güter beigetreten und ein Rentner erhielt die sagenhafte Pension in Höhe von durchschnittlich 600 Reichsmark pro Monat. Dies entspricht nach offizieller Umrechnung der beispielsweise Sparkassen Hausratsversicherung einem heutigen Wert von 7800 Euro.

Als Grundlage einer Hausratsversicherung verwendet die Sparkassenversicherung noch heute die Kaufkraft von 1914. Die Festlegung und Umrechnung des Kurses Reichsmark zu Euro richtet sich nach dem Wert, den ein Haus durch Aufwendung einer bestimmten Arbeitskraft in Stunden und Material 1914 besaß.

Ein Haus, welches damals für 30 000 Reichsmark erbaut werden konnte, kann demnach heute für 390 000 Euro gebaut werden.

Sollte im zukünftigen Deutschen Reich eine durchschnittliche Rente nur die Hälfte dessen, also ca. 3-4000 Euro, betragen, so könnte ich mir vorstellen, daß viele beispielsweise im polnisch verwalteten Teil sehr gerne freiwillig in diesen Genuß kommen wollen.

Es steht mir nicht zu, an verbindlichen Grenzen an dieser Stelle festzuhalten. Ich kann lediglich völkerrechtliche Grundlagen hierzu ausführen.

Die geltenden Militär- bzw. SHAEF - Gesetze sprechen im Artikel 52 vom weiteren Fortbestand des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937, welches durch die Alliierten komplett bis zum heutigen Tage beschlagnahmt wurde. Dies vielleicht zur Sicherheit der Deutschen, da die Nachkriegsregierungen der BRiD bestimmt das gesamte Deutschland schon längst verhökert hätten.

Ich denke die Verhandlungen beim derzeitig stattfindenden Wiener Kongreß bringen mehr Licht in's Dunkel. Was die Alliierten umsetzen möchten, entzieht sich meiner Kenntnis. Es kursieren wilde Spekulationen, an denen ich mich nicht beteiligen möchte und auch nicht darf.

Fakt bleibt in jedem Falle, daß die BRiD zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches, sei es nun die erste oder zweite Phase, noch nicht existierte, sie also logischerweise niemals einen Friedensvertrag unterzeichnen kann, da sie niemals Kriegsgegner war.

Sie ist als Mitglied der UNO also zwingend als Feindgebilde gegen das Deutsche Reich zu betrachten. Diesen Widerspruch sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen. Ein Land bzw. rechtmäßiger Staat wie das Deutsche Reich ist von der Feindstaatenklausel noch betroffen und eine BRiD unterzeichnet eine Mitgliedschaft bei der UNO, die sie selbst in die Liste der Feindstaaten gegenüber dem Deutschen Reich einreiht, jedoch behauptet diese BRiD gleichzeitig, daß sie den rechtmäßigen Staat Deutschlands vertritt. In medizinischer Hinsicht würde man dieses Verhalten korrekter Weise als schizophren bezeichnen.

Putin hat Deutschland gegenüber Andeutungen gemacht, einen Friedensvertrag anzustreben. Er wisse allerdings nicht, wer der Verhandlungspartner im Moment sein solle. IM Erika kann und will es bestimmt nicht sein. Dies trifft auf jeden beliebigen Vertreter der BRiD ebenfalls zu, da ihr Kartenhaus dann zusammenbrechen wird.

1.

Rechtliche Grundlagen für die fortbestehende Existenz des Deutschen Reichs

Die Fakten- und Rechtslage ist derart eindeutig, daß es an der völkerrechtlichen Existenz des Deutschen Reichs nichts zu rütteln gibt. Die unzähligen Auseinandersetzungen mit BRiD Behörden hatten mich enorm gefordert und in rechtlicher Hinsicht geschult. Den sogenannten Rechtsspezialisten (Richter, Staatsanwälte, Finanzrichter etc...) mußte man im Wissen immer etwas voraus sein. Es verhielt sich häufig wie ein Schachspiel, bei dem man jeden Zug sorgfältig vorbereiten mußte. Die Argumentationsketten müssen bestens recherchiert und vorgebracht werden.

Selbst war ich niemals auf „gegnerische Auseinandersetzungen" aus, sondern betrachtete dieses „Spiel" als Herausforderung und als Möglichkeit, BRiD - Bedienstete aufklären zu können. Diese Grundhaltung wurde eigentlich immer wahrgenommen und es führte meist - nicht immer - zu einer Auseinandersetzung auf rein sachlicher und freundlich geführter Ebene.

Ich möchte dem Leser in diesem Kapitel einen roten Faden der wesentlichen rechtlichen Grundlagen, insbesondere was die Behandlung Deutschlands nach der zweiten Phase des ersten Weltkrieges betrifft, geben. Für weitere Anregungen und Hinweise bin ich immer offen. Ich kann nicht für mich in Anspruch nehmen, allwissend zu sein. Die Tatsache, 52 ursprüngliche Einzelprozesse, welche dann am OLG Stuttgart zusammengefaßt wurden, gewonnen und am Finanzgericht ebenfalls mich mit der bestehenden Rechtslage durchgesetzt zu haben, deutet darauf hin, daß eine intensive Auseinandersetzung mit dem gesamten Thema stattgefunden hat.

Aber jetzt zu den Fakten:

1. Die Existenz des Staates Deutsches Reich ist mit Bundesverfassungsgerichtsurteilen (u.a. 2BvL6/56, 2Bvfl/73 und 2BvR373/83) und mit dem Militärgesetz Nr. 52 unwiderruflich festgestellt. Da die

Artikel 53 und 107 der UN-Charta („Feindstaaten-klausel") immer noch gelten und die OMF-BRD (Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft, Carlo Schmid) keinen längst fälligen Friedensvertrag mit den Siegermächten des II. Weltkrieges unterzeichnen darf, kann nur eine vom Volk legitimierte handlungsfähige Regierung des Deutschen Reiches den Friedensvertrag abschließen.

2. Im Militärgesetz Nr. 3, bestätigt und ausgegeben am 15.11.1944, erkennen folgende Staaten die USA als Oberbefehlshaber und Hauptsiegermacht des II. Weltkrieges und somit den fortwährenden Kriegszustand an: Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Kolumbien, Costa - Rica, Kuba, Tschechoslowakei, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Ägypten, Abessinien, Frankreich, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Island, Indien, Iran, Irak, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Salvador, Saudi - Arabien, Türkei, Südafrikanische Union, UdSSR, U.S.A., Uruguay, Venezuela, Jugoslawien, bzw. deren Rechtsnachfolger. Deutschland hat bis zum heutigen Tage nur einen Waffenstillstand, daher befindet sich das Deutsche Reich (Deutschland) immer noch im Kriegszustand. (Siehe Feindstaatenliste).

3. Da ein Grundgesetz völkerrechtlich gemäß Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung dem Grunde nach ein Gesetz zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetztem Gebiet für eine bestimmte Zeit und keine vom Volk gewählte Verfassung ist, muß sich Artikel 146 des Grundgesetzes zwangsläufig erfüllen.

Welche Verfassung des Deutschen Reichs nun die einzig rechtsgültige ist, sei an dieser Stelle dahingestellt.

4. Die lediglich provisorische Natur des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" kommt im Artikel 146 GG zum Ausdruck

   Dort heißt es: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."
5. Im Artikel 25 des Grundgesetzes verpflichtet sich die „Bundesrepublik Deutschland", die allgemeinen Regeln des Völkerrechts anzuerkennen. Sie sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen anderen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebiets. Die Haager Landkriegsordnung ist einer der völkerrechtlichen Verträge, die dem „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" übergeordnet sind.
6. Das Deutsche Reich besitzt weiterhin die ununterbrochene Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat nur dann handlungsfähig, wenn die institutionalisierten Organe vorhanden sind. Dies haben das Bundesverfassungsgericht und andere bundesdeutschen Gerichte u.a. mit den Urteilen 2 Bvl. 6/56, 2BvF 1/73, 2 BvR 373/83; BVGE 2,266 (277); 3, 288 (319 ff); 5.85 (126); 6, 309, 336 und 363 festgestellt. Diese Urteile sind zwischenzeitlich zu keinem Zeitpunkt revidiert worden und auch durch die geänderten politischen Verhältnisse in Europa nicht hinfällig geworden.
7. Das besatzungsrechtliche Provisorium „Bundesrepublik Deutschland" war und ist zu keinem Zeitpunkt identisch mit dem Staat Deutsches Reich, obwohl dies immer wieder versucht wird, in dieser Weise darzustellen. Allenthalben mit dem 3. Reich, so wie es der Europäische Gerichtshof befunden hat. Die „Bundesrepublik Deutschland" konnte

somit zu keinem Zeitpunkt die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches antreten.

8. Die Regierung des Deutschen Reiches ist die einzige Instanz, die über territoriale und hoheitsrechtliche Belange des deutschen Volkes entscheiden kann und darf. Es war und ist niemals einem besatzungsrechtlichen Provisorium „Bundesrepublik Deutschland" oder des besatzungsrechtlichen Provisorium „Deutsche Demokratische Republik" möglich gewesen, über Deutschland als Ganzes zu entscheiden.

   Daher ist der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland („2+4 Vertrag") vom 12.09.1990 ebenfalls nichtig bzw. konnte dieser durch die BRiD niemals ratifiziert werden. Von russischer Seite wurde dieser ebenfalls nicht ratifiziert. Es ist ein Täuschungsvertrag, an den BRiD Politiker und Bedienstete gerne glauben möchten.

9. Der Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl. 1990 Teil II S. 890) ist ungültig. Artikel 1 besagt, daß die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03.10.1990 gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes Länder der Bundesrepublik Deutschland werden. Der Artikel 23 des Grundgesetzes ist jedoch bereits am 17.07.1990 , aufgrund der Alliierten Vorbehaltsrechte zum Grundgesetz, mit Wirkung zum 18.07.1990, 0:00 Uhr MEZ durch die Alliierten aufgehoben worden (siehe BGBl. 1990 Teil IIS. 885, 890 vom 23.09.1990). Dadurch konnte ein rechtswirksamer Beitritt der ehemaligen DDR zu keinem Zeitpunkt erfolgen. Somit konnte auch kein Bürger der ehemaligen DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten.

10. An dem von den Alliierten Besatzungsmächten auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 gefaßten Entschluß, den Staat Deutsches Reich nach einer Besatzungszeit und nach der Schließung

eines Friedensvertrages zu einem, von den Alliierten zu bestimmenden Datum, in den ehemaligen Landesgrenzen von 31.12.1937 als souveränen Staat wiederherzustellen hat sich bis heute nichts geändert. Die besatzungsrechtlichen Provisorien „Bundesrepublik Deutschland" und „Deutsche Demokratische Republik" waren lediglich deutsche Verwaltungsinstitutionen, aber zu keinem Zeitpunkt völkerrechtlich anerkannte Staaten. Insbesondere waren sie niemals Rechtsnachfolger des Staates „Deutsches Reich".

11. Die Abtrennung von Teilen des Deutschen Reichsgebietes z.B. an Frankreich, Polen und Rußland durch Vertreter der Institution „BRD" war somit von Anfang an ungültig, da völkerrechtswidrig. Die entsprechenden Gebiete gehören weiterhin zum Staat Deutsches Reich und müssen bei Erlangung der vollen Souveränität diesem, gemäß internationalem Völkerrecht, wieder zurückgegeben werden. Das haben die Alliierten gemäß Gesetz Nr.52 Artikel VII Absatz 9 Punkt (e) so entschieden: „Deutschland" bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31.12.1937 bestanden hat, so die Alliierten (Zitat).

12. Mit Streichung der Präambel und des Artikels 23 GG durch den damaligen Außenminister James Baker am 17.7.1990 in Paris, ist der territoriale Geltungsbereich des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" mit Wirkung zum 18.7.1990 erloschen (BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890, vom 23.9.1990). Dies war auf Grund der den Alliierten obliegenden Vorbehaltsrechten möglich. Ab diesem Zeitpunkt, dem 18.7.1990, existiert das besatzungsrechtliche Provisorium namens „Bundesrepublik Deutschland", welches die Belange des Deutschen Volkes nur treuhänderisch für die West - Alliierten zu verwalten hatte, nicht mehr.

13. Welche Verfassung (1871 oder 1919) die gültige Rechtsgrundlage aller Bürger des Staates Deutsches Reich ist, muß den Friedensvertragsverhandlungen überlassen werden (Anm.d.V.: 1871).

Das Deutsche Reich in den Reichsgrenzen vom 31.12.1937, wie sie im Militärgesetz Nr. 52 (Artikel VII Nr. 9, Abschnitt c in Verbindung mit dem 1. Londoner Protokoll vom 12.9.1944) festgelegt wurde, ist Basis für Verhandlungen mit den Alliierten, da diese es so bestimmt hatten und man als zahnloser Tiger, als der Deutschland im Moment zu bezeichnen ist, leider sich in dieser Position befindet. Ich halte eine Art Rückabwicklung bis zum völkerrechtlichen korrekten Zustand für sinnvoll.

Alle, innerhalb dieser Grenzen geborenen Personen sind gemäß dem Reichs - und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913 - (und sogar nach Artikel 116 „ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland") Deutsche und somit Bürger des Staates Deutsches Reich.

14. Jeder Verwaltungsakt, der von den Behörden der seit dem 18.7.1990 erloschenen „Bundesrepublik Deutschland" an den Bürgern des Staates Deutsches Reich und deren Eigentum durchgeführt worden ist, ist ein rechtswidriger Übergriff bzw. eine Souveränitätsverletzung und daher schadenersatzpflichtig. Dieser Schadenersatz ist von diesen Personen zu leisten, welche die Anordnung für einen Bescheid o.ä. unterschreiben. Die sog. Amtspersonen der „Bundesrepublik Deutschland" sind seit dem 18.7.1990 keine Amtspersonen mehr. Sie sind lediglich als Privatpersonen zu betrachten, welche sich anmaßen, ohne von der rechtmäßigen Regierung des Staates Deutsches Reich legitimiert worden zu sein, Bescheide und ähnliche Maßnahmen gegen Bürger des Staates Deutsches Reich durchzusetzen.

15. Alle seit dem 18.7.1990 von den Behörden der „Bundesrepublik Deutschland" eingefor-

derten Geldleistungen, Sachwerte oder Dienstleistungen sind rechtswidrig erhoben worden. Jeder Deutsche hat das Recht und die Pflicht diese erbrachten Leistungen zurückzufordern.

16. Berlin ist bis zum heutigen Tage kein Land der Bundesrepublik Deutschland. Die Alliierten haben die Absätze 2 und 3 des Artikels 1 der Berliner Verfassung vom 01. September 1950 im Bestätigungsschreiben der Alliierten Kommandantur zur Verfassung von Berlin, BK/O (50) 75 vom 29. August 1950 (VOB1. I S. 440), zurückgestellt. Absatz 2 besagt: Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. Absatz 3 besagt: Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend. Im „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25.09.1990 (BGBl. 1990 Teil IIS. 1274) wird diese Tatsache des Nichtgeltens des Grundgesetzes für Berlin nochmals bestätigt. Hier besagt der Artikel 4: „Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die Alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt. Damit sind Bürger von Berlin (Ost und West) keine Bürger der BRD.

17. Es ist den Behörden der untergegangenen „Bundesrepublik Deutschland" seit dem 18.7.1990 nicht mehr möglich, rechtswirksam Briefe mit hoheitlichem Inhalt (Bescheide u.ä.) zuzustellen. Es bedarf einer Amtsperson, um Briefe mit hoheitlichem Charakter zuzustellen. Derzeitig haben die Behörden / Gerichte usw. der „Bundesrepu-

blik Deutschland" nur die Möglichkeit sich der privatisierten Deutschen Post - AG bzw. anderer privater Zustelldienste zu bedienen. Da auch die Gerichtsvollzieher oder Vertreter irgendwelcher „Inkasso-Dienste" keine Amtspersonen mehr sind, ist es den sog. Behörden der „Bundesrepublik Deutschland „ auch unmöglich, über diesen Weg rechtswirksam Briefe zuzustellen. Zudem dürfen vermeintliche Behörden oder Gerichte der „Bundesrepublik Deutschland" grundsätzlich Bürgern des Staates Deutsches Reich keine Briefe zustellen, da diese Bürger den Behörden / Gerichten EXTERRITORIAL (gemäß § 20 GVG, § 3 Freiwillige - Gerichtsbarkeit-Gesetz (FGG), Artikel 50 EGBGB, § 11 StPO und § 15 ZPO) gegenüberstehen.

18. Bürger des Staates Deutsches Reich stehen der „Bundesrepublik Deutschland" exterritorial gegenüber.

Sie unterstehen also

1. bürgerrechtlich gemäß Artikel 50, Satz 1, EGBGB
   vom 29.11.1952 (BGBl. IS. 780, ber. S. 843)
2. allgemein - und verwaltungsrechtlich gemäß Paragraph 3, Abs. 1 FGG
   vom 12.9.1950 (BGBl. S. 455)
3. strafprozeßrechtlich gemäß Paragraph 11, Abs. 1, Satz 1, StPO
   vom 7.4.1987 (BGBl. I, S. 1074, ber. S1319)
4. zivilprozeßrechtlich gemäß Paragraph 15, Abs. 1, Satz 1, ZPO
   vom 12.9.1950 (BGBl. I, S. 533)
5. gerichtsverfassungsrechtlich gemäß Paragraph 71, Abs. 2, Satz 1
   und gemäß Paragraph 20, Abs. 1, GVG
   vom 9.5.1975 BGBl. I, S. 1077)
6. gemäß Berlinabkommen (BGBl II, S. 40 ff. Art.l und Art. 3, Abs. 2a, 1994.

nicht den Behörden und der Gerichtsbarkeit

der de jure erloschenen und nicht mehr existenten „Bundesrepublik Deutschland".

19. Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist existent, wenn man den Vorstellungen und gesetzlichen Bestimmungen der Alliierten folgt.

Jeder Staatsbürger des Deutschen Reiches unterliegt daher nicht den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit der Verwaltungsinstitution „Bundesrepublik Deutschland".

Fazit: Die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich de jure erloschen. In Artikel 25 des Grundgesetzes verpflichtet sich die BRD, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts anzuerkennen, da sie Bestandteil des Bundesrechtes sind. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Daher haben jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsgültigkeit mehr.

2.

Die Historie des Deutschen Reichs seit Teilung in Ostfranken und Westfranken

2.1 Zeittafel und komprimierte Zusammenfassung

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß alle Überlieferungen um Karl den Großen aus meiner Sicht nicht ausreichend gesichert sind. Aus diesem Grunde wird in der folgenden Zeittafel bewußt auf diesen Zeitabschnitt verzichtet. Es bleibt dem Leser überlassen, hier eigene Recherchen anzustellen und sich ein schlüssiges Bild zu machen.

843 Teilung des Fränkischen Reiches entlang des Rheins in Ostfranken und Westfranken. Aus Westfranken wird Frankreich; aus Ostfranken wird das

„Heilige römische Reich deutscher Nation".

962-1806 Otto I wird 962 (23.11.912 - 07.06.973) erster Kaiser des Heiligen Römischen Reiches; Franz II gibt 1806 den Titel auf, der völlig bedeutungslos geworden ist.

1096-1270 Kreuzzüge, in denen das Heilige römische Reich eine große Rolle spielte.

1122 Wormser Konkordat: ein Kompromiß zwischen dem deutschen Kaiser und dem Papst darüber, wie Bischöfe eingesetzt werden.

1152-90 Friedrich I Barbarossa: deutscher Kaiser, viele Konflikte mit den Päpsten; ertrank 1190 beim dritten Kreuzzug in Kleinasien.

1212-1250 Friedrich II: Enkel von Friedrich Barbarossa. Nach seinem Tod verloren die deutschen Kaiser endgültig den Machtkampf mit den Päpsten, und das Kaiserreich zerfiel zunehmend in kleinere Königreiche und weltliche und geistliche Fürstentümer.

1226-1283	Der deutsche Orden (ein geistlicher Ritterorden) erobert Preußen. Bis zu seiner Niederlage 1410 gegen Polen-Litauen dehnte der deutsche Orden das deutsche Reich weiter nach Osten aus.
1500-1558	Karl V.: der letzte mächtige Kaiser des Heiligen Römischen Reiches; kämpfte gegen Luther und die Reformation. Für ihn war Deutschland nur ein Nebenland seines burgundisch/spanischen Weltreichs.
1517	Martin Luthers (1483-1546) 95 Thesen gegen den Ablaß.
1534	Luther beendet seine Übersetzung der Bibel ins Deutsche.
1555	Der Augsburger Religionsfriede: Karl V. verliert den Kampf gegen den Protestantismus, und muß den deutschen Fürsten erlauben, für ihre Gebiete zwischen Protestantismus und Katholizismus zu entscheiden. Die meisten Deutschen wählen den Protestantismus, zum Teil als Reaktion auf die Ausnutzung der Deutschen durch die römische Kirche.
1618-1648	Der Dreißigjährige Krieg. Der Krieg begann als Glaubenskrieg und endete als Machtkampf zwischen den katholischen Habsburger Kaisern, die Spanien, Österreich, Böhmen, große Teile von Italien und die südlichen Niederlande kontrollierten und mit Hilfe der katholischen deutschen Fürsten um ihre traditionelle Macht in Deutschland und den protestantischen Franzosen und Schweden (mit Hilfe der protestantischen deutschen Fürsten) kämpften. Resultate des Krieges: • Religionsfreiheit • Zerstörung und Verarmung der deutschen Länder • Frankreich wird das mächtigste Land in Europa

- Das Heilige Römische Reich wird eine bedeutungslose Formalität

1756- Der Siebenjährige Krieg. Preußen unter Fried-
1763 rich dem Großen (1712-1786) wird zur europäischen Großmacht, und gewinnt ab jetzt zunehmend den Kampf gegen Österreich um Macht und Einfluß in Deutschland.

1772- Die drei Teilungen Polens: Preußen, Öster-
1795 reich und Rußland teilen Polen unter sich auf.

1789 Die französische Revolution, gegen die Preußen und Österreich energisch kämpfen.

1815 2. Pariser Frieden nach der Niederlage Napoleons. Mit dem Kampf gegen die französische Revolution und dann gegen Napoleon endet das Heilige Römische Reich offiziell, und zugleich beginnt das Ende der deutschen Kleinstaaten. Es gibt nun einen losen „Deutschen Bund" mit einem Bundestag in Frankfurt (dessen Präsident von Österreich bestimmt wurde), der aber wenig Macht hat. Preußen und Österreich unterdrücken erfolgreich die sich formenden demokratischen Bestrebungen.

1841 1841 dichtete der demokratische Patriot Hoffmann von Fallersleben auf der geschichtsträchtigen Nordseeinsel Helgoland den Text für das „Deutschlandlied". In der umstrittenen ersten Strophe forderte er, territoriale Interessen der zahllosen Dynastien einem einheitlichen Deutschland unterzuordnen. Im ursprünglichen, Hoffmannschen, Sinne hat also die erste Strophe rein innenpolitischen Charakter.

Ende des Heiligen Römischen Reichs.

Beginn des „Deutschen Bundes"

1848 Märzrevolution. In Österreich wird der Konservative Minister Graf Metternich entlassen, und im deutschen Bund wird eine liberale Nationalversammlung demokratisch gewählt, aber Österreich und Preußen verhindern die Reformen

1861 Wilhelm I wird König von Preußen, und ernennt 1862 Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten.

1866 Bismarck erklärt den Deutschen Bund für erloschen und Preußen gewinnt den daraus resultierenden Krieg mit Österreich in der Schlacht bei Königgrätz, und damit die effektive Kontrolle über die deutschen Länder im neuen „Norddeutschen Bund".

1. Deutsches Reich

1870-71 Deutsch-Französischer Krieg. Dabei passiert folgendes:

- 10.12.1870: der Norddeutsche Bund wird zum „Deutschen Reich"
- 18.01.1871: Wilhelm I wird zum deutschen Kaiser proklamiert
- Im Frankfurter Frieden geht Elsaß-Lothringen an das Deutsche Reich
- Das deutsche Reich ist offiziell eine konstitutionelle Monarchie mit einem demokratisch gewählten Parlament, aber die Macht haben der Kaiser und der von ihm ernannte Reichskanzler

1875 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

1878 Bismarcks „Sozialistengesetz" verbietet (nach zwei Attentatsversuchen gegen Kaiser Wil-

heim) alle sozialistischen und kommunistischen Vereine, aber nicht die SPD. Das Gesetz wurde bis 1890 verlängert, ohne zu verhindern, daß die SPD immer mächtiger wurde.

1883/ 1889 Bismarck begründet die Sozialversicherung. Das erleichtert aber kaum die Spannung zwischen seiner konservativen Regierung und der Arbeiterklasse.

1888 Dreikaiserjahr: Wilhelm I und sein Nachfolger Friedrich III sterben im gleichen Jahr. Der 29 Jahre alte Wilhelm II wird Kaiser.

1890 Wilhelm II entläßt Bismarck und beginnt seine imperialistische Politik

1904, 07 England, Frankreich und Rußland formen eine „Entente" gegen den „Dreibund" von Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien.

1914-1918 Erster Weltkrieg, offiziell ausgelöst von der Ermordung des österreichisch-ungarischen Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajevo. Im Diktat von Versailles verliert Deutschland seine Kolonien, sowie Elsaß-Lothringen an Frankreich und Posen und den „polnischen Korridor" an Polen; Deutschland muß erhebliche Reparationen zahlen, und das Rheinland demilitarisieren.

28.06.19 Diktat von Versailles. Der spätere Außenminister der USA, John Fester Dulles, schrieb als damaliges Mitglied der US-Delegation von 1918/19: „Ich erinnern mich lebhaft, wie dort die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefaßtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend .."

09.11.18 Die Novemberrevolution setzt Kaiser Wilhelm ab, ohne nennenswerten Widerstand des Militärs, das erkannt hatte, daß der Krieg

verloren war, und wußte, daß die Entente nur mit einer demokratischen Regierung verhandeln wollte. Am 11.11.1918 endet der Krieg. Den Machtkampf zwischen gemäßigten und linksradikalen Kräften gewinnen relativ leicht die gemäßigten Kräfte, durch die Unterstützung des Militärs.

15.01.19 Soldaten des Freikorps (Berliner Truppen, die aus ehemaligen Frontsoldaten bestehen) entführen die Führer der Ende 1918 gegründeten KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, und ermorden sie brutal. Sie werden dafür später vor Gericht freigesprochen. Diese Morde und die Ereignisse der Novemberrevolution begründen das verhängnisvolle Mißtrauen der radikalen und gemäßigten Linken zueinander in der Weimarer Republik.

2. Deutsches Reich

1919-33 Die Weimarer Republik: Deutschlands zweite Verfassung.

1919-23 „Die Krisenjahre": Inflation, Putschversuche. Auch Hitler versucht 1923 einen Putsch, bleibt acht Monate im Gefängnis wo er „Mein Kampf" schreibt.

1922-29 „Die goldenen zwanziger Jahre": es geht der Weimarer Republik relativ gut.

1930-33 Weltwirtschaftskrise. Arbeitslosigkeit und politisches Chaos in Deutschland.

Suspendierung des 2. Deutschen Reiches

Durch Hitler nun das 3. Reich

30.01.33 Adolf Hitler wird mit absoluter Stimmenmehrheit des Zentrums (Adenauerpartei),

DVP (spätere FDP, T. Heuss) und SPD gewählt. Seine Partei, die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ist die größte Partei im Parlament, hat aber nur 33% der Sitze. Die Verfassung wird zum Teil aufgehoben und die Nazis begründen ihre Macht.

1936 Olympische Spiele in Berlin. Jesse Owens gewinnt 4 Goldmedaille.

03.1938 Anschluß von Österreich an Hitlers Deutschland.

09./10.11.1938 Reichskristallnacht

März 39 England und Frankreich verbünden sich mit Polen.

1939-45 Der 2. Weltkrieg.

08./09.05.1945 Kapitulation der Wehrmacht unter Großadmiral Dönitz. Ende des Dritten Reiches. Teilung Deutschlands und Österreichs (und Berlins und Wiens) in vier Besatzungszonen.

Ende des 3. Reichs.

1945-46 Nürnberger Prozesse gegen 24 Führungskräfte des 3. Reichs

1948- 49 Berliner Luftbrücke: Die sowjetische Blockade Berlins aus Protest gegen den Marshall-Plan beginnt am 18.06.1948. Die Luftbrücke wird 4 Tage später beschlossen und endet am 30.09.1949, nach dem Ende der Blockade am 12.05.1949.

1949 Gründung der Verwaltungsinstitution Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Verwaltungsinstitution Deutschen Demokratischen Republik (DDR): effektive Teilung Deutschlands.

1949- 63 Konrad Adenauer (CDU) ist der erste deutsche Bundeskanzler, ursprünglich mit nur einer Stimme Mehrheit im Bundestag. Unter seiner Regierung beginnt mit Hilfe des Mar-

shall-Plans das „Wirtschaftswunder"

1951 Die BRD ist mit Frankreich, Italien und den Beneluxländern Gründungsmitglied der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), der ersten Institution auf dem Weg zur EU. 1957 gründen diese sechs Länder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und EURATOM. 1967 werden diese drei Institutionen zur Europäischen Gemeinschaft fusioniert, aus der 1993 die Europäische Union wird.

1955 Die BRD tritt der NATO bei.

12.-13.08.Die DDR beginnt mit dem Bau der Berliner
1961 Mauer.

22.01.63 Adenauer und de Gaulle unterzeichnen in Paris den Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit.

26.06.1963 Kennedys berühmte Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin („Ich bin ein Berliner").

30.11.65 Franz Joseph Strauß forderte im Bundestag, „daß die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewußt in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute bekämpft und beseitigt werden."

1970 Die „Ostverträge". In Verträgen mit der UdSSR und Polen erkennt die BRD die neuen Grenzen von 1945 offiziell an. Bundeskanzler Willy Brandt erhält dafür 1971 den Friedensnobelpreis, aber in der BRD sind die Meinungen kontrovers.

1971-89 Erich Honecker ist Staats- und Parteichef der DDR und der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)

21.12.72 Der „Grundlagenvertrag" regelt die Beziehungen zwischen BRD und DDR.

31.07.73 Durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil 2Bvfl/73 (auch 2BvL6/56 und 2BvR373/83) wurde die Existenz des Staates Deutsches Reich unwiderruflich festgestellt.

Dies geschah auf Anregung von Franz Josef Strauss (CSU)

Zudem stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1973 fest: „Sie (die BRD) beschränkt ihre staatsrechtliche Hoheit auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes, (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlichfür das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes). Seinerzeit bestand die Bundesrepublik aus dem in dem ehemaligen Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin

1974-82 Bundeskanzler Helmut Schmidt

1974-92 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

1981-89 „Friedensgebete" von oppositionellen Gruppen in der DDR, an denen auch Nichtchristen teilnehmen. Die Friedensgebete beginnen 1981, werden 1985 wiederbelebt, und beginnen ab März 1988 zu gelegentlichen Demonstrationen gegen die SED-Regierung zu führen.

1982-98 Bundeskanzler Helmut Kohl

1985-91 Michail Gorbatschow Staatschef der Sowjetunion

04.09.89 Nach einem „Friedensgebet" in der Nikolaikirche in Leipzig finden sich 1.000 Menschen zur ersten „Montagsdemo" in Leipzig zusammen, die danach jeden Montag stattfinden. Trotz brutaler Polizeiaktionen sind es am 25.9. schon 8.000 Menschen, am 9. Oktober sind es 70.000, unter dem Motto „Wir sind das Volk", und die Polizei unternimmt nichts mehr da-

gegen. Nach dem Fall der Mauer wird aus diesem Motto das Motto der Wiedervereinigung: „Wir sind ein Volk". Am 16. Oktober sind es 120.000 Demonstranten, am 23. Oktober 300.000. Honecker tritt zurück. Am 4. November sind es zwischen 500.000 und 1.000.000 Demonstranten.

11.09.89 Ungarn öffnet seine Grenzen nach Österreich. Tausende von DDR-Bürgern fliehen auf diesem Weg in den Westen.

30.09.89 Mehr als 3.000 DDR-Bürger, die in die BRD-Botschaften in Warschau und Prag geflüchtet waren, dürfen in die BRD ausreisen. Die Fahrt des geschlossenen Zuges durch die DDR wird zu einem großen Ereignis.

18.10.89 SED-Chef Erich Honecker tritt zurück

09.11.89 Öffnung der Berliner Mauer; innerhalb von vier Tagen besuchen ca. 4 Mio. DDR-Bürger nur mit ihrem Personalausweis West-Berlin bzw. die Bundesrepublik. Jeder bekommt die bei einem Westbesuch traditionellen DM 100 „Begrüßungsgeld", und viele machen damit einen Einkaufsbummel. Nur 20.000 von ihnen wollen dauerhaft in die BRD übersiedeln.

17.07.90 Bei den 4+2-Verhandlungen in Paris hat der US-Außenminister James Baker dem BRD Außenminister Hans-Dietrich Genscher gemäß des den USA obliegenden Vorbehaltsrechts mitgeteilt, daß Artikel 23 GG a.F. (der Geltungsbereich der BRD) und die Präambel (Wiedervereinigungsgebot) per 18. Juli 1990, 0:00 h gestrichen sind.

Gleichzeitig hat auch der UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse dem DDR-Außenminister Markus Meckel mitgeteilt, daß die völkerrechtlich unanerkannt gebliebene DDR per 18. Juli 1990 aufhört zu existieren. An beiden Vorgängen war der polnische Au-

ßenminister Skubiszewski anwesend. Mit der Aufhebung des Art. 23 GG ist zudem auch das Ende der BRD gekommen, denn das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1973 stellte fest: „Sie (die BRD) beschränkt ihre staatsrechtliche Hoheit auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes, (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes)". Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin. Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist existent.

Jeder Staatsbürger des Deutschen Reiches unterliegt daher ab diesem Zeitpunkt völkerrechtlich nicht mehr den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit der Verwaltungsorganisation „Bundesrepublik Deutschland".

31.08.90 Der Einigungsvertrag (BGBl. 1990 Teil II S. 890). Artikel 1 besagt, daß die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03.10.1990 gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes Länder der Bundesrepublik Deutschland werden. Artikel 23 wurde jedoch am 17.07.1990 gestrichen (s.o.). Daher ist der Einigungsvertrag ungültig

12.09.90 Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland („2+4 Vertrag") ist nichtig, da weder ein besatzungsrechtliches Provisorium Bundesrepublik Deutschland, noch ein besatzungsrechtliches Provisorium Deutsche Demokratische Republik über die Grenzen Deutschlands verhandeln kann.

03.10.90 Die DDR und BRD geben vor, daß die Länder der DDR der BRD beitreten und Berlin Hauptstadt der BRD sei. Dies entspricht jedoch nicht

der Wahrheit. Dadurch solle es nun 16 Bundesländer geben: 5 „neue" und 11 „alte".

1998 Helmut Kohl verliert die Wahl gegen Gerhard Schröder.

30.11.03 1. neuzeitliche Nationalversammlung zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Gewählter Präsident der Nationalversammlung: Dr. Matthes Haug, Tübingen.

28.11.04 - heute 2. ordentlich einberufene Nationalversammlung des Deutschen Reichs. Gültigkeit bis heute nach den Gesetzen zur vorläufigen Reichsgewalt von 1918 bis ein ordentlich gewählter Präsident und Souverän Deutschland rechtmäßig vertreten.

2.2
Deutschland vor und nach Versailles

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte Deutschland an seiner Ost- und Westgrenze bedeutende Gebietsverluste hinnehmen müssen, durch die das Deutsche Reich etwa 70.000 km^2 seines Territoriums und mehr als 6 Mio. seiner Einwohner verlor. Die neuen deutschen Staatsgrenzen waren bei den Friedensverhandlungen beschlossen und am 28. Juni 1919 in den vom Deutschen Reich und von den 27 beteiligten Mächten unterzeichneten Versailler Verträgen ratifiziert worden. Die Waffenstillstands-Bedingungen hatte man der deutschen Seite ultimativ zugestellt, Gegenvorschläge wurden von vornherein abgelehnt. Zu den Vereinbarungen zählten auch die Verpflichtung zur Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands und zu Reparationszahlungen, unter anderem in Form einer anteiligen Abgabe der Jahresproduktion der Eisen- und Stahlerzeugung und der landwirtschaftlichen Produktion [4],

Die folgende Abbildung zeigt die Gebietsabtretungen, welche durch den Versailler Vertrag vorgenommen werden mußten.

Bestimmungen des Versailler Vertrages

Danzig wurde vom Deutschen Reich abgetrennt, mit Teilen der umgebenden Landkreise dem Schutz des Völkerbunds unterstellt und in das polnische Zollgebiet aufgenommen. Luxemburg schied aus dem deutschen Zollverein aus und schloss mit Belgien eine Wirtschaftsunion. Elsass-Lothringen fiel an Frankreich. Im Norden des Reiches entstand auf dem Gebiet Westpreußens der sogenannte Polnische Korridor, der aus dem größten Teil der Provinz Posen, dem Gebiet um Soldau und aus Teilen Pommerns bestand. Ostpreußen war damit vom Reich abgetrennt. Das



Abb.l Gebietsabtretungen durch den Versailler Vertrag nach dem ersten Weltkrieg [4]

Hultschiner Ländchen ging an die Tschechoslowakei.

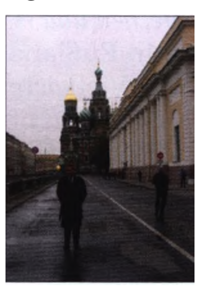
Neben diesen Landesteilen, über deren Abtretung von den Alliierten entschieden worden war, gab es die Abstimmungsgebiete, in denen die Bevölkerung über ihre zukünftige nationale Zugehörigkeit selbst entscheiden sollte. Zu ihnen zählten Nordschleswig, Westpreußen östlich der Weichsel und das südliche

Ostpreußen (Bezirk Allenstein), Eupen-Malmedy an der belgischen Grenze, Oberschlesien und das Saargebiet. Eupen-Malmedy fiel an Belgien und Nordschleswig an Dänemark. In Oberschlesien votierten 59,6 Prozent für das Deutsche Reich. Nach Unruhen unter der polnischen Bevölkerung wurde eine willkürliche Grenze festgelegt, die den Minderheiten Rechnung tragen sollte. Oberschlesien wurde geteilt, wobei die kohlenreichen Gebiete des Südostens polnisch wurden. Auch das Saarland fiel unter die Treuhandschaft des Völkerbundes, mit der Maßgabe, dass nach 15 Jahren eine Volksabstimmung über den Status quo oder eine Vereinigung mit Deutschland oder Frankreich stattfinden sollte. Die Rückgliederung erfolgte im Jahre 1935, nachdem 90,8 Prozent der Bevölkerung für einen Anschluss an das inzwischen nationalsozialistische Deutschland votiert hatten. Die ursprünglichen Pläne, einen Einheitsstaat mit starker Exekutive um den Staatspräsidenten zu schaffen, wurden zugunsten eines föderativen Reichsaufbaus fallengelassen. An die Stelle der Königreiche, Herzog- und Großher- - zogtümer traten die 17 Länder Anhalt, Baden, Bayern, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Hessen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Preußen, Sachsen, Schaumburg-Lippe, Thüringen und Württemberg. Mit Ausnahme des 1935 hinzugekommenen Saarlands blieb diese Länderkarte bis 1937 unverändert [4],

3.

Der Besuch in St. Petersburg auf Grund der Einladung der gesetzgebenden Regierungsvertretung vom 28. September bis zum 2. Oktober 2004

Am 10. September 2004 erhielt ich eine kurzfristige Einladung der gesetzgebenden Regierungsvertretung durch den Wirtschafts- und Finanzminister in St. Petersburg. Die Anreise erfolgte am 28. September 2004 und ich wurde von den Organisatoren persönlich am Flughafen abgeholt und in mein Hotel gebracht. Dort fanden erste Gespräche über den Ablauf des Besuches statt. Alle im folgenden gezeigten Bilder wurden durch St. Petersburg mir zur freien Verfügung ohne Copyright übermittelt, so daß keinerlei Urheberrechtsverletzungen in rechtlicher Hinsicht bestehen (Urheberrechte.de). Es werden außerdem ausschließlich diejenigen dargestellt, welche mich ebenfalls zeigen.



Am nächsten Tag hatte ich etwas Zeit, die wunderschöne und sehr gut erhaltene Stadt anzuschauen. Ich nutzte diese Zeit, um das weltberühmte St. Petersburger Museum, die Hermitage, zu besuchen. Zu meiner Überraschung wurde ich von ca. 40 - 50 Soldaten mit militärischen Ehren am Ausgang empfangen.

Das erste offizielle Treffen fand gegen 16.00 Uhr statt: Ich möchte auf Namensnennung der aus Deutschland stammenden Teilnehmer verzichten. Es handelte sich u.a. um Teile des Hochadels, bekannte Buchautoren und einen ehemaligen hohen Offizier der Bundeswehr.

Eines der Themen betraf auch die rechtlichen und politischen Hintergründe bezüglich des Deutschen Reichs.

Die Rechtslage Deutschlands wurde sehr ernst genommen und diskutiert.

Um ca. 18 Uhr wurden wir alle von einer Eskorte bestehend aus Polizei und Staatslimousinen abgeholt und in das Regierungsgebäude von St. Petersburg gebracht, wo wir von dem Partei- und Regierungschef nebst seines Stellvertreters erwartet wurden. Die Ge-

spräche wurden in dieser Runde fortgesetzt. Beim Thema Weltkrieg angelangt, erzählte ein russischer Stellvertreter von einer möglichen Form der Apokalypse, wie sie in der Bibel beschrieben ist: *„Es wird ein Tier aus dem Meer kommen, dies seien die Amerikaner und Engländer, und es wird ein Tier vom Lande kommen, damit sei Rußland gemeint. Die zwei Tiere werden an einer Insel zusammen treffen, auf der ein Engel zu ihnen sprechen wird. Damit sei unmißverständlich die Peter und Paul Kathedrale in St. Petersburg gemeint, da diese auf einer Insel steht und an deren Spitze ein Engel angebracht ist. In der Kathedrale befinden sich die Sarkophage der Zaren. Der Engel wird durch Gott zu den Amerikanern, Engländern und Russen sprechen und richten."* Nun, das Blatt hat sich durch Putin in Rußland und durch Trump in den USA gewandelt. Vielleicht richtet der Engel gerade durch diese Präsidenten über die ehemaligen Strukturen.

Weitere Themen betrafen den Werteverfall der westlichen und russischen Gesellschaft, wobei durch die russische Regierung bei der Jugend wieder gezielt gegengesteuert wird und Programme zur Rückkehr zum wahren ursprünglichen Christentum und menschlichen Werten massiv durchgesetzt würden sowie die zinslose Finanzwirtschaft und den Expansionskapitalismus bestimmter Staaten.

Wesentlicher Konsens wurde in der angestrebten Gemeinsamkeit Rußlands und Deutschlands in Politik, Kultur und Wirtschaft gesehen.

Dieser Abend endete mit einem fürstlichen Essen im Fischrestaurant, in dem auch Präsident Putin und Schröder üblicherweise speisten.

Am darauffolgenden Tag brachte eine Eskorte uns zum Regierungspalast und zur Staatsduma St. Petersburgs. Es wurden strenge Sicherheitskontrollen durchgeführt und die Einladungen geprüft.

Man traf sich dort mit dem vorsitzenden Präsidenten der 10 GUS-Staaten Krotov zu einem längeren Gespräch von ca. 2 Stunden.





Das Bild zeigt die Gespräche mit dem russischen Präsident der 10 GUS Staaten Krotov in der Staatsduma.



Wir wurden anschließend durch den Palast und in die Duma (Tagungssitz des Parlaments) geführt.

Der nächste Programmpunkt war ein Vortrag an der internationalen Universität St. Petersburgs. Das Thema Kapitalismus und Finanzsysteme Amerikas wurde sehr ausführlich behandelt. Ich klärte anschließend Studenten und Professoren über die rechtliche Situation in Deutschland auf.

Der Höhepunkt dieses Tages war die Konferenz in der theologischen Akademie mit dem Erzbischof, der die höchste Geistlichkeit in St. Petersburg repräsentiert. Wir wurden vom Bischof persönlich durch den Gebäudekomplex geleitet.



Die Bilder zeigen die Führung des Erzbischof in seiner orthodoxen Akademie und die Führung durch die Staatsduma.

Der Ausklang dieses Tages fand in aufgelockerter Runde in der Akademie statt. Nachdem wir wieder im Hotel eintrafen, wurden noch lange Gespräche auch in bezug auf das Deutsche Reich geführt.



Am Freitag, den 1. Oktober, fanden die Feierlichkeiten zum 250. Geburtstage des russischen Zaren Pavel I. statt. Es folgte ein ergreifender Gottesdienst, bei dem sich ein Chor abwechselnd mit den Geistlichen das gesungene Wort gab. Eine Art Dialog. Der erste Teil fand im Haupttrakt der Peter und Paul Kathedrale statt, der zweite Teil wurde vor den Sarkophagen der Zaren zelebriert.





Das Bild zeigt die Feierlichkeiten in der Peter und Paul Kathedrale anläßlich des 250. Geburtstages des Zaren Pavel I.

Ein Vertreter des Putin'schen Lagers, Vertreter der katholischen und orthodoxen Kirche sowie Vertreter der Blutlinie des Zaren und wir nahmen anschließend an einem Empfang in der Sommerresidenz Pavel I. teil, bei dem nochmals über die Themen Zins- und Finanzsysteme, Gesetzgebung sowie der Bedeutung des Christentums für die Zukunft gesprochen wurde. Ich leistete einen Beitrag zur Thematik Besatzungsstatus



Deutschlands. Ich stellte eine Art „Hilfegesuch" und bat um Unterstützung Rußlands in dieser Angelegenheit, soweit dies möglich sei.



Nach dem offiziellen Teil des Empfangs wurden die Teilnehmer in ein sehr nettes Restaurant aus Holz, ähnlich einer schwedischen Stabkirche, gebracht. Zur Einleitung des letzten Abends hielt einer der Deutschen Teilnehmer eine kurze Rede. Diese Gelegenheit nutzte ich, um mich für die Gastfreundschaft zu bedanken und um weitere Kontakte bezüglich politischer Zusammenarbeit zu knüpfen. Die russischen Vertreter freuten sich sehr über diesen Dank und boten jede Art von Hilfe an.





Das wesentliche Ziel der gemeinsamen Gespräche war die Festigung des russisch-deutschen Bündnisses, um die kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung der beiden Länder maßgeblich auf der Basis des Urchristentums und verlorengegangener Werte zu gestalten.

Insgesamt übertraf der Besuch meine Erwartungen bei weitem. Es konnten freundschaftliche Verbindungen geknüpft werden, die für die russische Hilfestellung im Hinblick auf die Angelegenheiten des Deutschen Reichs noch von Bedeutung sein können.

Man verabschiedete sich von dem insgesamt sehr harmonisch verlaufenden Treffen mit tiefem gegenseitigem Respekt. Es blieb das starke Gefühl auf beiden Seiten zurück, daß dieser Besuch für die Zukunft Rußlands und Deutschlands eine gewisse Bedeutung haben wird.

Nach meiner Rückkehr in Deutschland hatte man mir durch bundesrepublikanische Seite einen Fallstrick gestellt mit einem Wechsel in atemberaubender Höhe, der mit der Orthodoxen Kirche in Zusammenhang stand. Man wollte mir ein gefälschtes Papier unterjubeln, um mich letztendlich zu verunglimpfen. Eine Anfrage meinerseits in St. Petersburg löste anfänglich etwas Empörung aus. Man möge mir dies verzeihen. Ich wollte mir lediglich Klarheit über die Echtheit des Wechsels verschaffen.

4.

Schilderung entscheidender Recherchearbeiten und einiger ausgewählten rechtlichen Auseinandersetzungen

Seit Stattfinden der ersten Nationalversammlung in 2003 wurde ich, wie bereits erwähnt, übersät mit eingeleiteten Verfahren und Prozessen, obwohl ich mich ständig nur auf Zitate und Rechtsquellen, wie diese in den Bundesgesetzblättern in bezug auf Deutschland verankert sind, bezog. Die größte Hürde bestand in gedanklicher Hinsicht bei den Vertretern des BRiD Systems darin, dies einfach nicht wahrhaben zu wollen frei nach dem Motto: *„Und sie schlossen messerscharf, was nicht sein kann das nicht sein darf.*

Es konnte einfach nicht sein, daß das obere System das Volk und die untere Administration derart belog und eigentlich in's Messer laufen ließ. Ein Genscher und Kohl konnten doch keine derartigen Lügner sein, daß sie die Deutsche Bevölkerung in den wesentlichen Aspekten bezüglich der deutschen Einigung hinters Licht führten.

Es verhielt sich aber exakt in dieser Weise! Hier nur ein wesentliches Beispiel: Kohl erlog dem Schlesischen Bund und der gesamten Deutschen Bevölkerung gegenüber, daß es beispielsweise der Preis für die Einheit war, auf Ostgebiete verzichten zu müssen. Dies sei eine russische Bedingung gewesen.

Gorbatschow hat jedoch in einem Interview, welches sein Übersetzer wiedergab, unmißverständlich erklärt, daß er bereits die Universität Moskau mit der logistischen Rückabwicklung der russischen Ostgebiete beauftragt hätte. Zu seiner großen Verwunderung hätten beide, Kohl und Genscher, darauf bestanden, dies nicht zu tun. Die Deutschen würden die Grenzen und die Abtretung akzeptieren [5,6,7],

Auch der damalige Außenminister Polens, Krysztof Skubiszevski, erklärte der Deutschen Presse (Welt) gegenüber, daß es keinerlei „Jinctim" seitens Polen in bezug auf die Rückabwicklung und den 2 + 4 Verhandlungen gäbe. Es stehe nichts im Wege, diese zur Verwaltung an Polen übergebenen Gebiete wieder in Deutsche Hände zurückzuführen.

Kohl und Genscher wollten natürlich weiterhin Kanzler und Außenminister spielen. Wäre das Deutsche Reich mit dieser Übergabe, in welchen Grenzen auch immer, wiedererstanden, so hätte vom Kassierer weg einer jeden Partei niemand mehr irgendeine Berechtigung besessen, für Deutschland hoheitliche Aufgaben durchzuführen. Die BRiD mußte also unbedingt irgendwie existent bleiben.

Nach Streichung des damaligen Artikels 23, Grundgesetz, am 17.7.90, der den Geltungsbereich der BRiD definierte, war die BRiD aufgelöst.

Genscher meldete die BRiD bei der UNO ab und „Germany" erneut sowohl bei der UNO als auch in den USA, jedoch als Firmenkonstrukt, an.

Seither werden sämtliche Behörden als Firmen geführt. Dies kann im internationalen Firmenregister DUN & Bradstreet recherchiert werden.

Die gesamte BRD ist dort mit der D-U-N-S-Nummer 341611478 eingetragen.

Ich fragte einmal beim Landratsamt Tübingen an, warum selbst dieses als Einzelfirma gelistet sei in dieser Datei.

Die lapidare Antwort lautete: *„Weil wir ja auch Kopierpapier bestellen, seien wir eben eine Firma"*. Sie hätten auch Klopapier sagen können.

Wenn es keine plausible Erklärungen mehr gibt, so muß man auf derartigen Unsinn zurückgreifen.

Ebenso stellten wir einmal eine Anfrage beim Innenministerium, warum die Reisepässe, zumindest diejenigen, welche bis noch vor kurzer Zeit ausgestellt wurden, einen Adler auf dem Karton außen mit 6 Federn an jeder Schwinge, wie er 1921 verwendet wurde, zeigt und innen sich ein Adler mit 7 Federn an jeder Schwinge befindet. Die Antwort: Dies sei wohl ein Druckfehler. Also seit Bestehen der BRiD hatte man diesen Druckfehler nicht bemerkt.

Die richtige Antwort ist: Ein Reisepaß stellt ein internationales Dokument dar. Auf der Außenseite muß

sich das staatsrechtlich korrekte Wappen befinden (Deutsches Reich). Im Innenbereich kann die BRiD abdrucken was sie möchte. Selbst ein gerupftes Hühnchen.

Nun zu meinen Recherchen bezüglich der Streichung des Artikels 23 am 17.07.1990.

Von Wolfgang Ebel entstammte damals bereits in den 90'er Jahren die Information, daß ein Journalist, welcher damals auf der Außenministerkonferenz in Paris anwesend war, ihm gegenüber dies so erzählte.

Ich suchte daraufhin diesen Journalisten, Peter Rüge, in Paris auf bzw. vereinbarte ein Treffen mit diesem. Er sagte als erstes wörtlich: *„Ich werde nicht abgehört''*.

Im Klartext wollte er damit zum Ausdruck bringen, daß er wahrscheinlich auf Schritt und Tritt sich in den Fängen der Abhörmaschinerie befindet. Er sprach immer wieder zwischen den Zeilen. Ein ehemaliger sogenannter Mitarbeiter von uns und Agent des polnischen Apparates, Christian Samter, hatte sich diesem eigentlich als vier Augen gedachten Gespräch massiv aufgedrängt und war leider ebenfalls mit anwesend.

Ich nehme an, daß Herrn Ruge die Hintergründe über Samter bekannt waren. Er konnte also nur mit gezogener Handbremse reden.

Aber entscheidende Hinweise konnte er an anderer Stelle ohne Samter geben. Genscher hätte damals den anwesenden Journalisten gedroht, daß falls irgendjemand über die Streichung des Artikels 23 berichten würde, er persönlich dafür sorgen würde, daß dieser mundtot gemacht werden würde.

Herr Ruge verabschiedete mich mit den Worten: *„Wenn wir eines Tages Genscher eines „reindrücken" könnten, er selbst wäre gerne dabei"*.

Denn er verdankte Genscher, daß er aus einer guten Stellung bei der Welt nach Paris degradiert wurde als Haus und Hof Berichterstatter von Mitterand.

Grund war, daß Ruge über die Streichung und die Akte bei den Pariser Verhandlungen berichtete. Am

18.07.90 schrieb er in der Welt, daß mit diesem Akt die Republik in die Geschichte einging. Wenn etwas in die Geschichte eingeht, so ist es Vergangenheit.

Die Streichung wurde jedoch, wie aus Kapitel 1 entnommen werden kann, als Änderung des GG am 23. September veröffentlicht. Somit ist es nicht von Belang, ob es nun der 17.07.1990 oder der 23.09.1990 war. Entscheidend ist, daß diese Streichung vor dem 03.10.1990 geschah. Ein Beitritt der sogenannten neuen Bundesländer war zu diesem Zeit gemäß Artikel 23 nicht mehr möglich. Es handelt sich um unumstößliche Fakten. In moderner Sprache kann man die Durchgängigkeit von Bundesgesetzblättern als Blockchain bezeichnen. Sowohl der Zeitpunkt eines Aktes als auch der Inhalt können jederzeit nachvollzogen werden.

Man muß diesen Vorgang wohl zurecht als mit den größten Betrug seit 1948 am Volk in die Liste, in diesem Fall durch Kohl und Genscher begangen, einreihen.

An dieser Stelle seien noch 2 wesentliche Vorgänge am OLG und dem FG geschildert, da sie doch als wichtige Errungenschaft in bezug auf den Ausgang in der sogenannten Nachkriegszeit in rechtlicher Hinsicht betrachtet werden können. Es erforderte über Jahre meine ganze Energie und Konzentration, um dieses Ergebnis erzielt haben zu können.

Finanzamt Tübingen, 2004: Das Finanzamt pfändete mir sämtliche Konten über einen geschätzten „geschuldeten" Betrag über 53.000 €. Ich weiß nicht, warum dort von geschuldetem Betrag gesprochen wurde durch das sogenannte Forderungsmanagement. Eine Leistung hat mir die Firma FA - Tübingen niemals erbracht, für die ich bezahlen müßte. Ein Schufa Eintrag wurde sofort eingeleitet.

Ich legte Rechtsbeschwerde beim Oberen Finanzgericht Stuttgart ein.

Der Fall ging an den 9. Senat des Finanzgerichtes. Den Namen des Richters möchte ich an dieser Stelle

nicht nennen. Er hatte sich sehr sachlich und fair mir gegenüber letztendlich verhalten.

Bevor über diesen Fall entschieden wurde, nahm ich wie so häufig, telefonischen bzw. persönlichen Kontakt mit ihm auf. Ich schickte ihm eine Zusammenfassung der bestehenden Rechtsgrundlagen und ein Schreiben des Dr. Hiestand, Staatssekretär im Bundesjustizministerium (vgl. Anhang, Schreiben BFM), in dem bestätigt wird, daß die Alliierten Vorbehaltsrechte aus dem Überleitungsvertrag noch volle Gültigkeit besitzen, da der entscheidende Artikel 2, wonach alle Verordnungen und Gesetze, also auch die Militär - SHAEF Bestimmungen, weiterhin sich im aktuellen Rechtsstand befinden.

Danach lud er mich in sein Arbeitszimmer zu einem Vorgespräch ein. Er sagte mir wörtlich: *„Herr Dr. Haug, ich dachte das wäre Spinnerei, aber ich habe Dr. Hiestand angerufen und es stimmt alles, wie Sie es vorbringen"*.

Danach wurde ein Termin in Stuttgart anberaumt, zu dem die Vertreter des Finanzamt Tübingen ebenfalls eingeladen wurden. Ich selbst lud meinerseits noch 2 Zeugen ein, da dies meiner Sicherheit diente.

Das Finanzamt Tübingen rollte zu acht an. Der stellvertretende Leiter, einige Amtsinspektoren - und ganz wichtig - die Rechtsanwältin des FA, Frau Eichbaum. Ihre Statur paßte zu ihrem Namen, allerdings nicht in der Länge, aber dies ist eben naturbedingt.

Also waren wir insgesamt zu zwölft.

Frau Eichbaum blies sich gleich zu Beginn regelrecht auf und ließ eine Salve gegen mich ab mit Vorwürfen wie, ich wolle keine Steuern zahlen und nutze eine konstruierte Rechtslage.

Nach ca. 5 Minuten Dauerhagel unterbrach sie der Richter mit den scharfen Worten:

„Mäßigen Sie sich Frau Eichbaum, Dr. Haug hat recht!"

Ich bekomme heute noch eine Gänsehaut. Die Kinnladen der Finanzprivatpersonen hätten Sie sehen sollen. Selbst ich war ebenfalls erstaunt.

Die Stimmbänder der Achterdelegation schienen verstummt zu sein. Kein Wort, nichts mehr. Stille. Man zog mit einem leisen Aufwiedersehen von Dannen.

Der Richter verabschiedete mich alleine mit den Worten: *„Herr Dr. Haug, ich kann Ihnen dies jetzt nicht schriftlich geben. Ich habe Familie und Kinder und muß sie ernähren“*. Ich zeigte Verständnis und wir einigten uns auf eine Art „Waffenstillstand. Außerdem hatte ich ja meine Zeugen dabei. Es gab auch noch einen schriftlichen Bescheid mit Aktenzeichen, daß das Verfahren eingestellt sei, wenn ich damit einverstanden wäre. Ich möge dann bitte das Verfahren für beendet erklären [Anhang].

Ich erhielt seither niemals mehr irgendein Schreiben des FA Tübingen. Der Schufa Eintrag wurde noch am selben Tag gestrichen.

Aber es ging noch weiter. Ein halbes Jahr später rief ich beim Finanzamt an, da diese noch Originale von Kontoauszügen von mir hatten. Ich gab telefonisch meine Steuernummer durch. Danach war Sendepause. Ich dachte, die Leitung wäre unterbrochen. Nach ca. 30 Sekunden Pause kam ein Lebenszeichen mit der Bemerkung: *„Herr Haug, Sie gibt es nicht mehr“*. Ich erwiderte daß ich aber noch da sei. Er meinte, daß man meine Steuernummer gestrichen hätte und versprach mir, die gewünschten Unterlagen aus den Asservaten hervorzuholen. Er brauchte ca. 2 Wochen und würde sich dann melden.

Wie versprochen kam dann der Anruf, ich könne alles abholen, was ich auch tat. Er verabschiedete mich mit den freundlichen Worten *„machen Sie es gut"*. Sie waren mich los und konnten aufatmen. Ich denke, dies war ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegsgeschichte.

Aber ähnliches erlebte ich in einem Mammutprozeß bei den bereits erwähnten 52 Einzelprozessen. Begonnen hatte es durch die Sicherstellung von „Beweismaterial" bei den 3 Hausdurchsuchungen. Es befanden

sich jede Menge Anträge von Identitätsausweisen darunter.

Der Staatsapparat wollte nun ein scharfes Geschütz konstruieren und schrieb alle Antragsteller aus ganz Deutschland über deren zuständige Gerichte an und ließ jeden einzelnen verhören. Man wollte allen suggerieren, daß es sich um Betrug handele und daß sie mich doch anzeigen mögen. Alle, ohne Ausnahme, standen jedoch zu ihrer Beantragung, zu mir und letztendlich zur Sache. Niemand fühlte sich betrogen. Niemand erstattete Anzeige. Dies funktionierte schon mal nicht.

Aber man konstruierte weiter und machte 52 Fälle daraus mit Vorwürfen wie Betrug, Amtsanmaßung (Diplomatenausweis), Mißbrauch von Hoheitszeichen und so weiter und so fort. Auf Fälschung von Diplomatenausweisen stehen bis zu 5 Jahre Haft im Normalfall.

Die Amtsgerichtsebene verurteilte mich, jedoch ohne Nennung von Strafmaß, da man ja wußte, daß ich Berufung einlegen würde und wollte dies dann dem OLG Stuttgart überlassen. Ein Strafprozeß - Amtsrichter handelt meist nach dem Motto: Über mir der blaue Himmel und am besten ich habe es vom Tisch.

Ich bereitete mich nach all meinem besten Wissen vor. Auf OLG Ebene muß sauber begründet werden, auch seitens der Richter, da diese Urteile schon fast Gesetzescharakter besitzen, da sie von anderen Oberlandesgerichten anerkannt werden müssen und blockchainartig gespeichert werden. Zumindest wird es auf dieser Ebene auch für Richter enger.

Der Vorwurf Mißbrauch von Hoheitszeichen mußte maßgeblich schon deshalb fallengelassen werden, da der damalige Bundespräsident Köhler schon damals ein Verfahren diesbezüglich gegen mich durch sein Büro einleiten ließ. Das Verfahren wurde auf Verwaltungsgerichtsebene in Köln eingestellt.

Amtsanmaßung wollte man sich ebenfalls nicht antun, da ja mein Diplomatenausweis durch Paraguay

akkreditiert worden ist. Man wollte besser nicht in ein Wespennest stechen. Auch Reichstitel, welche ich mir jedoch nicht gab, seien unerheblich, da diese ja in der BRiD nicht existierten. Also mußte man den Vorwurf Betrug logischerweise ebenfalls fallen lassen. Und dies in 52 Verfahren.

Ich erfuhr von weiteren Fällen in Deutschland, wonach aber die jeweiligen OLG's sich dem Urteil anschlossen. Dies war u.a. ebenfalls mein Ziel, daß andere in ähnlicher Situation von diesen Steilvorlagen profitieren konnten.

Ich habe noch etliche Anekdoten zu berichten. Im Rahmen dieses Taschenbuches halte ich die Schilderung dieser beiden Fälle erst einmal für ausreichend.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich niemanden anraten möchte, blindlings sich in Verfahren zu stürzen auch aufgrund meiner umfassenden Vorarbeiten. Jeder muß selbst entscheiden und sich bestens informieren. Wichtig ist in jedem Fall, daß man sich selbst mit den Dingen auseinandersetzt und recherchiert.

Auf halbem Wege im Leben mit etwas abzubrechen ist häufig schlechter, als mit dem Vorhaben nicht begonnen zu haben. Wenn dann richtig und mit Bedacht!

5.

Finanzielle Möglichkeiten und Chancen für Deutschland durch Rückkehr zum rechtmäßigen Staat Deutsches Reich

Wenn man bedenkt, daß die BRiD Schulden in Höhe von realistisch fast

7 Billionen Euro zwischenzeitlich angehäuft hat, wenn man langfristige, mittel- und kurzfristige Verbindlichkeiten rechnet, dann kann man davon ausgehen, daß nicht einmal unsere Ur-, Ur-, Ur-.. Enkel diese Last zurückbezahlen können.

Bei wem hat man diese Schulden eigentlich? Diese hat man bei der sogenannten Hochfinanz. Selbige führte und führt immer noch Krieg gegen die Nationen und profitiert dabei immer. Unabhängig vom Kriegsausgang. Man finanziert alle Seiten und bringt sie in finanzielle Abhängigkeit. Die Völker fallen darauf rein und machen dieses Spiel mit.

Beispielsweise rührt der Spruch *„ab nach Kassel!"* daher, daß schon der Herzog von Württemberg aufgrund eigener hoher Verschuldung durch seine Finanzberater dazu gezwungen wurde, eigene Soldaten zu verleihen bzw. für fremde Kriegszwecke zu verkaufen. Der Sammelplatz befand sich in Kassel. Von dort aus wurden sie je nach Einsatzbedarf verteilt und als gewinnträchtiges Söldnerheer mißbraucht.

Auf diese Weise hat sich das Haus Rothschild die erste Million „verdient".

Jeder stattgefunden habende Krieg wurde aus rein wirtschaftlichen Gründen geführt. Die Naivität speziell der Deutschen scheint grenzenlos, wenn sie auch noch glauben, daß ihre eigenen Vorfahren einfach Spaß am Kriegführen hatten und pauschal für alles verantwortlich sind. Die Deutschen glauben einfach alles.

Dies ist nicht verzeihbar. Man hat weniger Vertrauen zu den eigenen Vorfahren, als zur Nachkriegsgeschichtsschreibung. Ich kann diese Schuldsucht nicht nachvollziehen.

Wenn man den Deutschen erzählt, sie wären für den Vietnamkrieg auch noch verantwortlich, so würden sie dies ebenfalls glauben.

Die Deutschen bezahlen für diese Verschuldung ca. 350 Milliarden pro Jahr rein an Zinsen. Pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung bedeutet dies eine Zinslast von jährlich fast 8750 €, also pro Monat ca. 730 €. Eine Summe, die viele Haushalte gut gebrauchen könnten. Dies bedeutet jedoch nur die reine Zinslast und keine Tilgung. Würde jeder der ca. 40 Millionen zahlenden Deutschen das Doppelte, also 17.500 € pro Jahr inklusive Tilgung aufbringen, so wäre die Schuld nach ca. 20 Jahren getilgt. Dies ist jedoch unrealistisch, daß ein Haushalt pro Monat 1560 Euro bezahlen kann. 730 € sind schon zu viel, so daß die Verschuldung ewig andauert, bzw. sich ständig erhöht.

Deutschland bzw. die BRiD ist demnach hoffnungslos verschuldet und eigentlich verloren. Aber ein Großteil der Deutschen denkt immer noch, daß wir reich sind. Im Eigentumsanteil belegen wir in der EU nahezu den letzten Platz. In Rumänien beispielsweise besitzen 95 % der Bevölkerung ein bezahltes Eigenheim. Davon können 90 % der Deutschen nur träumen.

Auch dies sind klare und leicht nachvollziehbare Fakten. Aber in Deutschland hat man auch das Rechnen völlig verlernt.

Durch die sogenannte Corona Krise gehen gut funktionierende Betriebe reihenweise kaputt. Eine hervorragende Gelegenheit für die Hochfinanz, sich diese billig anzueignen, um dann eine ganze Wirtschaft u.a. in Deutschland kontrollieren und davon nach ihrem „kommunistischen" Modell mit Sitz in Brüssel maximal profitieren zu können. Derzeit werden allerdings gegen die Verantwortlichen über die USA Sammelklagen in Billiarden Höhe eingeleitet. Das heißt, diejenigen, welche verantwortlich sind für die inszenierte Coronakrise, könnten ihr Vorgehen noch sehr bereuen.

Wenn Deutschland sich aus diesen Schulden - Klauen befreien möchte, so geht es nur über die Wiedereinsetzung des Deutschen Reichs, da dieses mit dieser ab-

strusen und exorbitanten „Nachkriegsverschuldung" nichts zu tun hat.

Das ist der wesentliche Grund, warum versucht wird, den Deutschen das Deutsche Reich madig zu machen und daß sie ja nicht zu sich selbst zurückfinden.

Deshalb muß der Nutzen des Deutschen Volkes so lange wie möglich erhalten bleiben. Ausschließlich für finanzielle Fremdinteressen.

Wenn man den Deutschen diesen Kredit sofort kündigen würde, so wäre alles auf der Stelle aus. Das verhält sich wie bei einem Privatkredit. Bekomme ich von der Bank einen Dispo - Kredit in Höhe von 100.000 Euro und habe diesen nur zur Hälfte ausgeschöpft, so kann ich mir morgen noch ein Auto kaufen und in den Urlaub fahren. Wenn die Bank mir allerdings heute den Kredit kündigt, so sind alle Träume geplatzt.

Deutschland ist danach komplett erledigt bzw. von seinen Geldgebern abhängig. Alle Politiker einer jeden Partei, ob diese sich nun AFD, Grüne, CSU, CDU oder SPD nennt, bedienen sich an dieser Schlachtplatte und sind ausschließlich nur auf ihren Eigennutz aus.

6.

Zusammenfassung und Ausblick

Es wurden in Kapitel 1 und 2 reine rechtliche Fakten sowie in Kurzform ein geschichtlicher Überblick seit Bestehen des Deutschen Reichs wiedergegeben. Dies ist als Leitlinie für all diejenigen gedacht, welche sich mit Hintergründen selbst intensiver auseinandersetzen möchten. Es kann als eine Art Recherchebasis betrachtet werden. Wir sind in diesen Zeiten an einem Wendepunkt angelangt, wenn wir dies wollen und uns aktiv einsetzen. Es scheint sich ein Bifurkationspunkt zu nähern, der analog zu einem Pendel als der örtliche und zeitliche Moment definiert ist, in dem das Pendel zum Stillstand und danach zur Umkehrbewegung gelangt. Genau in diesem Moment kann die folgende Richtung des Pendels maximal beeinflußt werden durch einen bestimmten Aufwand. Dies ist der richtige Zeitpunkt für eine Umlenkung und für eine Weiterentwicklung. Das System muß reif sein, damit die Geschehnisse in positiver Richtung gerichtet werden können. Wenn jedoch in diesem Moment eine bedachte Aktion unterbleibt, so nimmt die Pendelmasse den selben Verlauf zurück ein und schwingt in alter Form weiter. Eine Chance wäre vertan.

Auch die Schilderungen meiner persönlichen Erlebnisse sowohl zu Beginn als auch in den Kapiteln 3 und 4 waren mir wichtig. Wesentliche Absicht war aufzuzeigen, daß bei bedachtem und doch energischem Vorgehen vieles erreicht werden kann. Es stellt u.a. die größte Hürde in diesem Moment dar, bestehende „Betriebsfaktoren" zu ändern, da viele Politiker und sonstige Systemabhängige am Bestehenden festhalten wollen, da es ihnen ja scheinbar noch gut geht.

Es kann jedoch als eine Frage der Zeit betrachtet werden, bis auch diesen der Boden entzogen wird und das Kartenhaus darüber zusammenbricht. Dies ist nun einmal der Lauf der Dinge. Nur wird es meist erst realisiert, wenn die Realität alles aufgedeckt und der Wahrheit ihre Bahnen vorgegeben hat.

Das wird dann der Zeitpunkt sein, an dem selbst die noch bestehenden Betriebsinhaber das Betriebssystem aufgeben müssen, um neue Installationen zu ermöglichen. Das ist ein Naturgesetz. Das alte und Viren durchseuchte System funktioniert einfach nicht mehr.

Für diesen nun eintretenden Bifurkationspunkt sollten aus meiner Sicht folgende Ausführungen als Basis, welche in einer zukünftigen Verfassung implementiert sein sollten, um ein friedliches und gemeinnütziges Zusammenleben einer Gesellschaft ermöglichen zu können, Berücksichtigung finden.

Der Grundsatz: „Das Volk steht über dem Staat" gilt als oberstes Gebot aller politischen Maßnahmen. Personenbezogene gewählte Volksvertreter sind erste Staatsdiener und somit Diener am Volk. Von Parteiensystemen ist dringend abzuraten.

Die Menschen werden als solche in allen Belangen behandelt und nicht als eine Sache bzw. Person.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Dies prägt die soziale Ordnung maßgeblich.

Die Familie und das Individuum sind die Keimzellen des Volkes. Sie bedürfen jedem angemessenem Schutz und einer größtmöglichen Förderung durch den Staat im Sinne der Gemeinschaft.

Eine ganzheitlich ausgerichtete Weltanschauung ist die Voraussetzung für eine politische Systemveränderung im Sinne eines ökologisch-ökonomischen Gleichgewichtes.

Die Naturgesetze sind Maßstab für alle gesetzgeberischen, judikativen und exekutiven Ausführungen sowie für das Bildungswesen.

Das Kapital muß der produktiven Wirtschaft und somit dem Volk dienen.

Gemeinnützige Ziele können in diesem Zusammenhang bis auf weiteres nur mit einem zinslosen Geldsystem umgesetzt werden. Der Gegenwert für Geld sind Arbeit, Produktion und Güter. Die Einkommenssteuer wird, wie in den USA unter Trump kürzlich gesche-

hen, abgeschafft. Der Staat wird schlank regiert und verwaltet, so daß die Finanzierung über die Umsatzsteuer ausreichend gegeben ist.

Die Gesundung und Festigung des Bauernstandes ist wesentliche Garantie und Notwendigkeit für die Erhaltung des Volkes. Die Sicherung der Ernährung aus dem eigenen Boden muß für die Politik oberstes Gebot sein.

Die Gewissens- und Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Selbstbestimmung des Volkes sind die wichtigsten Säulen einer Staatsordnung.

Die Einigung Europas muß auf der Basis eines Staatenbundes aus souveränen Staaten vollzogen werden.

Schöpferische Leistungen der Völker müssen erhalten bleiben.

Dies sind nur einige Gedanken. Sie können in vielerlei Hinsicht natürlich ergänzt werden.

Anhang

Die Feindstaatenliste

Nachfolgend ist eine Auflistung der Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich und damit das deutsche Volk noch immer im völkerrechtlichen Kriegszustand befinden, aufgelistet (siehe Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.7.1973 „Das Deutsche Reich besteht fort...).

Entsprechend gelten die noch immer gültigen und jederzeit anwendbaren so genannten „Feindstaaten-Klauseln" der Vereinten Nationen (Feindstaatenklauseln Artikel 53 und 107) gegen Deutschland fort. Jeder Feindstaat hat ein bis heute gültiges Zugriffsrecht („Interventionsrecht")/ da mit keinem einzigen dieser Staaten oder ihrer Rechtsnachfolger jemals ein Friedensvertrag geschlossen wurde.

Die aktuellen Reparationsforderungen Griechenlands (siehe UN 7 und 8/2000) werfen die Frage auf, ob und inwieweit sich die BRiD mit Rechten und Pflichten als Nachfolger oder identisch mit dem Deutschen Reich erklärt - oder ob sie sich als UNO-Mitglied selbst als „Feindstaat" des Deutschen Reiches zu erkennen gibt.

Daten der Kriegserklärungen / des Kriegseintrittes:

1939
01.09. Polen
01.09. Tschechoslowakei (Exilregierung)
03.09. Großbritannien
03.09. Frankreich
03.09. Australien*
03.09. Bangladesch*
03.09. Birma*
03.09. Ceylon*
03.09. Indien*
03.09. Israel (Erkl. des Zionistischen Weltkongresses)

03.09. Jordanien*
03.09. Kambodscha*
03.09. Laos*
03.09. Marokko*
03.09. Monaco
03.09. Neuseeland
03.09. Pakistan*
03.09. Tunesien*
03.09. Vietnam*
06.06. Südafrikanische Union
10.09. Kanada

1940
09.04. Dänemark
09.04. Grönland*
09.04. Island
09.04. Norwegen
10.05. Belgien
10.05. Luxemburg
10.05. Niederlande
10.05. Indonesien

1941
06.04. Griechenland
06.04. Jugoslawien
22.06. UdSSR
09.12. China
11.12. USA
11.12. Costa Rica
11.12. Dom. Republik
11.12. Guatemala
11.12. Cuba
11.12. Nicaragua
11.12. Phillipinen
11.12. Puerto Rico
12.12. El Salvador
12.12. Haiti
12.12. Panama
13.12. Honduras

1942
22.05. Mexiko
22.08 Brasilien
01.12. Äthiopien

1943
16.01 Irak*
17.04 Bolivien
09.09. Persien (Iran)
13.10. Italien
27.11. Kolumbien

1944
27.01 Liberia
26.08 Rumänien
08.09 Bulgarien
15.09 Finnland
30.12. Ungarn

1945
08.02 Paraguay
13.02 Peru
16.02 Venezuela
22.02 Uruguay
23.02 Chile
23.02 Türkei
26.02 Ägypten
26.02 Syrien
27.02 Libanon
01.03 Saudi-Arabien
27.03 Argentinien

(Bei den mit * gekennzeichneten Staaten handelt es sich um solche, die zum Zeitpunkt des Kriegseintrittes in kolonialer Abhängigkeit zu einer kriegführenden Macht standen.)



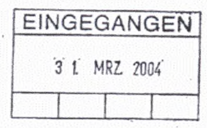
Bundesministerium der Justiz

Berlin, den 29. März 2004

Postanschrift:
Bundesministerium der Justiz, 11015 Berli
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 B
Lieferanschrift: Kronenstraße 41, 10117 B
Telefon: 0 18 88 5 80 - 0
(0 30) 20 25 - 70
bei Durchwahl: 0 18 88 5 80 - 95 14
(0 30) 20 25 - 95 14
Telefax: 0 18 88 5 80 - 95 25
(0 30) 20 25 - 95 25

Geschäftszeichen: E 4 - 9161 II E2 355/2004
(bei Antwort bitte angeben)

Schutzbund der Kreditnehmer
Landesverband Hessen e. V.
Postfach 1253
35315 Homberg / Ohm



EINGEGANGEN
31. MRZ 2004

Betr.: Überleitungsvertrag

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. März 2004

Sehr geehrter Herr Weisheit,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. März 2004, mit dem Sie sich nach der Geltung von Artikel 2 des Überleitungsvertrages erkundigt hatten.

Ihre Annahme, wonach Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) weiterhin in Kraft sei, ist zutreffend. In der Vereinbarung vom 27. / 28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) (BGBl.1990 II S. 1386) ist unter Ziffer 3 bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages in Kraft bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Dr. Hiestand)

Schreiben des Dr. Hiestand vom Bundesjustizministerium über die weitere Gültigkeit des Artikels 2 des Überleitungsvertrages (Fortgelten der Alliierten Vorbehaltsrechte sowie der SHAEF und SMAD Gesetze).

Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen („Überleitungsvertrag") (in der gemäß Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung)

Amtlicher Text, BGBL 1955 11 5.405.

(Die ursprüngliche Fassung des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 26.5.1952 (BGBl. 1954 II 5.157) ist nicht in Kraft getreten.)

Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik sind wie folgt übereingekommen:

Erster Teil ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 2

(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.



FINANZGERICHT BADEN-WÜRTTEMBERG
- Senate in Stuttgart -
9. Senat
Geschäftsstelle

Finanzgericht Baden-Württemberg - Senate in Stuttgart -
Postfach 10 14 16 * 70013 Stuttgart

Herrn
Dr. Matthes Haug
Schönbuchstr. 10

72074 Bebenhausen

70174 Stuttgart, 09.06.2009
Börsenstr. 6

Fernsprecher 0711 6685 707
Fax 0711 6685 799
E-Mail Poststelle@FGStuttgart.justiz.bwl.de

Aktenzeichen: 9 K 9/06
(Bitte bei Antwort angeben)

Rechtssache Dr. Matthes Haug
gegen Finanzamt Tübingen
wegen Pfändungsverfügung

Kurzmitteilung
übersandt mit der Bitte um:

☒ dass es einer Rücknahme der Pfändungsverfügung durch das Finanzamt nicht bedarf, nachdem sich diese erledigt hat. Das Gericht regt deshalb nochmals an, die unzulässige Klage entweder zurückzunehmen oder den Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt zu erklären.

☒ Erledigung innerhalb von 2 Wochen

Mit freundlichen Grüßen
Auf richterliche Anordnung

Ziegler
Gerichtsangestellte

P ♿ S-Bahn: Stadtmitte

Dienststellen-Nr. 580506

Schreiben des Finanzgericht Stuttgart



Staatsanwaltschaft Tübingen

Staatsanwaltschaft Postfach 2526 72015 Tübingen

Herrn
Dr. Matthes Haug
Schönbuchstraße 10
72074 Tübingen

Tübingen, 05.10.2009
Durchwahl (07071) 200 - 2786
Name: StA-GL Holl
Aktenzeichen: 15 Js 12793/04
(bitte bei Antwort angeben)

Strafverfahren gegen Sie wegen Betruges u.a.
Anlagen
ohne

Sehr geehrter Herr Dr. Haug,

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 22.08.2009 habe ich – nachdem sie sich nicht weiter gemeldet haben - die sichergestellten Asservate insbesondere unter Berücksichtigung der Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 25.April 2006 geprüft.

Da das OLG Stuttgart offenbar nichts strafrechtlich Relevantes dabei finden kann, dass Sie als selbsternannter angeblicher Reichspräsident, Reichsinnenminister und mit ähnlichen Titulierungen auftreten und in diesen Rollen als Aussteller von Reisepässen, Personalausweisen und Führerscheinen auftreten, sind die Asservaten zurück zu geben, da es sich im wesentlichen um Unterlagen, Geräte und Materialien handelt, die diesen Zwecken dienen.

Mögen sie Ihr Glück darin finden, sich auf diese Weise zu erhöhen und anderen Menschen gegen Geld (Warum Sie immer Euro und keine Reichsmark verlangen, ist mir nicht erklärlich!) unwirksame Papiere aus zu stellen.

Machen sie alsbald mit der zuständigen Sachbearbeiterin, Frau Dehner, unter Telefon 200 – 2833 einen Termin zur Abholung aus.

Mit freundlichen Grüssen
Holl
Staatsanwalt - GL

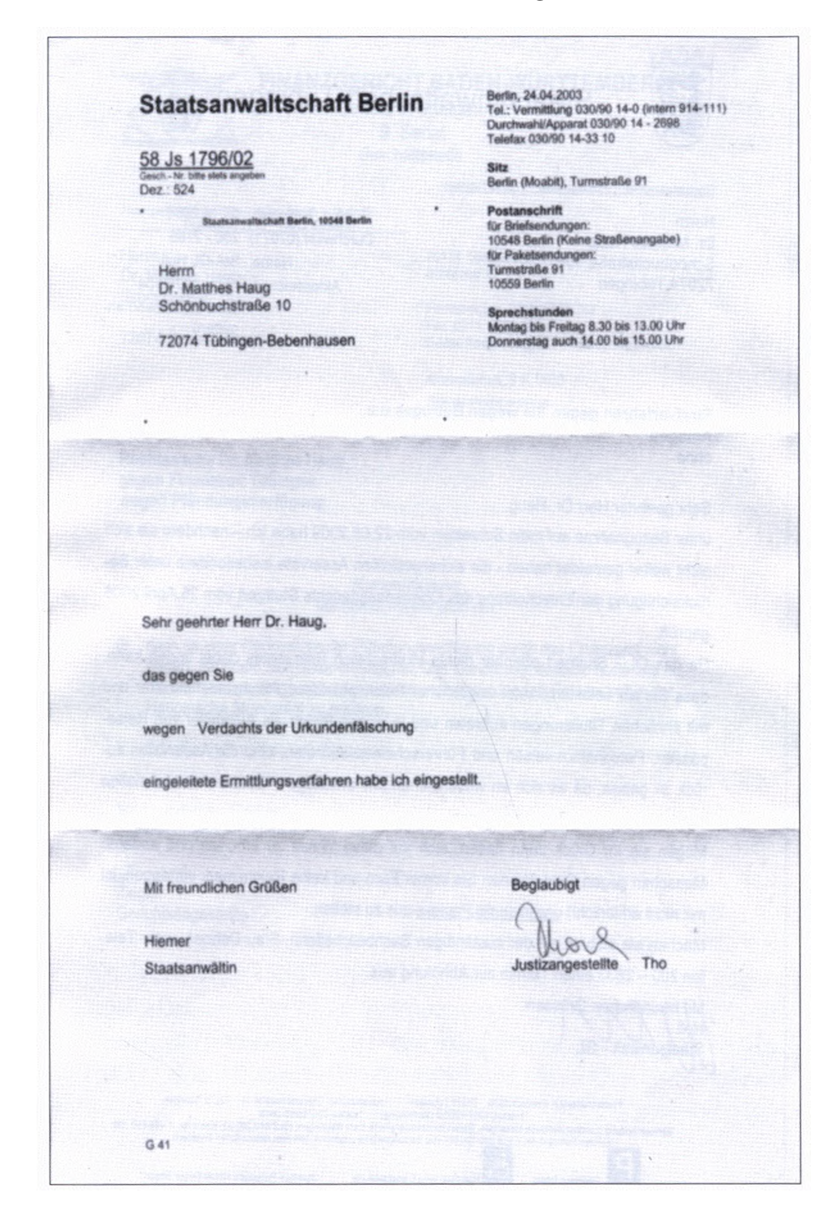
Postfachadresse: Postfach 2526 72015 Tübingen Hausadresse: Charlottenstraße 19 72070 Tübingen
Telefon: 07071/200-0 (Vermittlung) Telefax: 07071/200-2663
Bankverbindung: Landesoberkasse Metzingen, Baden-Württembergische Bank Reutlingen, (BLZ 640 200 30) Konto Nr. 1 408 050 100
Kunden-Referenz-Nr. 9 876 320 100 005 (bei Zahlungen bitte zusammen mit dem Aktenzeichen angeben)


Parkhaus König


Parkplatz beim Dienstgebäude

Stadtbus-Haltestelle Herrenberger Straße

Schreiben des Oberstaatsanwaltes Holl: Rückgabe aller sichergestellten Unterlagen. Anmerkung: Wahrscheinlich werden bald die BRiD Papiere unwirksam sein.



Staatsanwaltschaft Berlin

58 Js 1796/02
Gesch.-Nr. bitte stets angeben
Dez.: 524

Staatsanwaltschaft Berlin, 10548 Berlin

Herrn
Dr. Matthes Haug
Schönbuchstraße 10

72074 Tübingen-Bebenhausen

Berlin, 24.04.2003
Tel.: Vermittlung 030/90 14-0 (intern 914-111)
Durchwahl/Apparat 030/90 14 - 2698
Telefax 030/90 14-33 10

Sitz
Berlin (Moabit), Turmstraße 91

Postanschrift
für Briefsendungen:
10548 Berlin (Keine Straßenangabe)
für Paketsendungen:
Turmstraße 91
10559 Berlin

Sprechstunden
Montag bis Freitag 8.30 bis 13.00 Uhr
Donnerstag auch 14.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Haug,

das gegen Sie

wegen Verdachts der Urkundenfälschung

eingeleitete Ermittlungsverfahren habe ich eingestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Hiemer
Staatsanwältin

Beglaubigt

Justizangestellte Tho

G 41

Schreiben der Staatsanwaltschaft Berlin nach Beschlagnahme meines Reisepasses des Deutschen Reichs.

Quellen- und Literaturverzeichnis

[1] Übergabe des Schlüssels an DHL: https://www.youtube.com/ watch?v=ZHV46SncI5g

[2] Aus Deutsches Reich heute von Dr. Matthes Haug: http://www.deutsches-reich-heute.de/html/index2.php?http://www.deutsches-reich-heute.de/html/regierung/grundlagen.htm

[3] Rede Horst Seehofer im Bundestag 2018: https://www.youtube.com/watch?v=m_Ix4572BX8

[4] Diercke Westermann: https://diercke.westermann.de/content/deutsches-reich-1937-978-3-14-100800-5-83-7-1

[5] Preußische Allgemeine Zeitung: https://www.youtube.com/ watch?v=Wig9Ode01a0

[6] Spiegel: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wiedervereinigung-moskau-bot-verhandlungen-ueber-ostpreussen-an-a-695928.html

[7] Telepolis: https://www.heise.de/forum/Telepolis/Kommentare/War-die-deutsche-Wiedervereinigung-eine-Annexion/Die-Wiederveinigungsluege/thread-4347377/#posting_25426535

Über den Autor

Jahrgang 1960, geschieden, 2 Kinder.

Nach dem Abitur studierte er an den Universitäten in Marburg und Tübingen Physik und Sportwissenschaften mit anschließendem Referendariat am Gymnasium in Tübingen.

Im Anschluß an die Promotion in Angewandter Physik Anfang 1993 war er in der Industrie im Bereich Forschung und Umwelttechnologie tätig und gründete 2001 sein Institut für Naturwissenschaften und Umwelttechnologie mit den Schwerpunkten der Entwicklung von alternativer sauberer Energieerzeugung.

1997 wurde er Mitglied des renommierten Institutes of Physics in London, das weltweit in der Wissenschaft und für Spitzentechnologien von großer Bedeutung ist.

Seit 2016 bis heute ist er Mitgesellschafter der Firma Silent Energy AG, mit den Schwerpunkten: Entwicklung und Produktion von „Raumenergie - Modulen und - Anlagen".

Der Einsatz und die Hingabe zur Wiederentstehung des Deutschen Reichs entspringt wohl eher dem Herzen als dem reinen Verstand. Denn von dort kommt die Kraftquelle, die ihn all diese vielen Auseinandersetzungen und Verfahren mit BRiD (Bundesrepublik in Deutschland) Behörden überstehen und unermüdlich die Aufklärungsarbeit seit 1999 durchführen lies.

In dieser Schrift über das völkerrechtlich zweifelsfrei noch heute bestehende Deutsche Kaiserreich von 1871, wird dem Leser ein Überblick der geschichtlichen und rechtlichen maßgeblichen Grundlagen vermittelt, wieso dieses Reich auch heute noch Bestand hat. Margret Thatcher sagte in den 80 er Jahren wörtlich: „Wir befinden uns heute, da es keinen Friedensvertrag gibt, noch im Krieg mit dem Deutschland von 1871".

Also nicht im Kriegszustand mit der Bundesrepublik, da diese ja weder zu Beginn des ersten und zweiten Weltkrieges bzw. nach Vereinbarung eines Waffenstillstandes 1945 am 8. Mai durch die Kapitulationserklärung der deutschen Wehrmacht, noch gar nicht existent war. Sie konnte also niemals Kriegsgegner sein und ist somit in rechtlicher Hinsicht auch nicht zuständig für einen Friedensvertrag bzw. kann diesen niemals zeichnen, da sie nicht Rechtsnachfolgerin des Deutschen Kaiserreiches von 1871 ist.

Da nach dem ersten Weltkrieg durch den Vertrag von Versailles der 2. bzw. die 2. Phase des ersten Weltkrieges vorprogrammiert war, konnte Deutschland in den heutigen Zustand der völlig fremdbestimmten OMF (Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft, Carlo Schmid, damals SPD, 1949) überführt werden, ohne jegliche Souveränität und Selbstbestimmung. Der Nutzen des Deutschen Volkes, so wie die Kanzlerin ihren Schwur ablegte, konnte dadurch maximiert werden:

„Ich schwöre..., seinen (des Deutschen Volkes) Nutzen zu mehren..

Dies bedeutet nichts anderes, als daß der Nutzen und damit die Nutzkraft des Deutschen Volkes gemehrt bzw. ausgenutzt wird. Wenn es im Sinne des Deutschen Volkes geschehen würde, so sollte es heißen „...den Nutzen für das Deutsche Volk zu mehren...".

Es gibt unzählige Beispiele für derartige Vokabelakrobatik wie diese. Es wird versucht, Tatsachen so darzustellen, daß bei näherer Betrachtung die Aussagen nicht einmal gelogen sind, vordergründig diese jedoch den gegenteiligen Anschein erwecken.

Alle Alliierten Vorbehaltsrechte besitzen laut Bestätigungsschreiben des Bundesinnenministerium von 2004 (Anhang) und der Veröffentlichung im BGB1.II, S.26, Art. 1, Abs. d) von 1994, noch volle Geltung.

Die Verschuldung der Bundesrepublik beträgt in Summe bezüglich der kurz-, mittel- und langfristigen Kredite ca. 7 Billionen Euro. Aus dieser Misere wird sich diese niemals befreien können. Das Deutsche Kaiserreich ist für diese immense Verschuldung nicht verantwortlich. Die Wiederherstellung in diesen souveränen Status kann nur über einen „Reset" auf den Wiederherstellungspunkt 1871 (analog eines Betriebssystems) erreicht werden, wobei die Grenzen im noch fälligen Friedensvertrag zu vereinbaren sind.

Diese Schrift dient als ideale Recherchebasis für jeden, der Interesse an der umfassenden Aufarbeitung seit Bestehen des wunderschönen Deutschlands besitzt.

Ihr Dr. Matthes Haug

ISBN 978-3-00-067342-9